

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

3. Jahrgang.

Freitag, 24. August 1923.

Nr. 197.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einleitung des Retourmarktes.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

An alle Parteifunktionäre

Einreichung der Kandidatenlisten. — Auflegung der Wählerverzeichnisse.

Die Gemeindevahlen am 16. September belasten alle an der Leitung unserer Organisationen beteiligten Genossen mit einer großen Verantwortung. Durch Außerachtlassung gewisser, im Gesetz vorgeschriebener Handlungen, durch die Versäumung der in der Gemeindevahlordnung festgesetzten Fristen können der Partei große Nachteile entstehen. Es ist daher dringendst geboten, daß jeder Funktionär über die Vorschriften der geltenden Gemeindevahlordnung informiert ist, was am besten durch Einsehen in das Gesetz selbst erreicht werden kann. Hierbei machen wir darauf aufmerksam, daß die ursprüngliche Gemeindevahlordnung von 1919 durch das Gesetz vom 14. Juli 1922, Nr. 253 b. Slg. in einigen Punkten abgeändert wurde. Es empfiehlt sich daher, nur solche Gesetzesausgaben zu benutzen, in denen der Text in der Fassung dieser Novelle zum Ausdruck gelangt ist.

Im Folgenden werden die wichtigsten, für die in den nächsten Tagen vorzunehmenden Handlungen geltenden Bestimmungen kurz dargestellt:

In allen Gemeinden mit mehr als 700 Einwohnern (entscheidend ist hier die Volkszählung aus dem Jahre 1921) findet die Wahl nach dem Verhältniswahlrecht statt, in den kleineren nach dem Grundsatz der relativen Majorität. Doch auch in diesen kleinen Gemeinden muß die Wahl nach dem Proportionalwahlrecht durchgeführt werden, wenn wenigstens ein Zehntel der im Wählerverzeichnis eingetragenen Wähler es verlangt. Ein solcher Antrag ist schriftlich binnen acht Tagen von dem Tage an, an dem die Kundmachung über die Ausschreibung der Wahl in der Gemeinde ausgehängt wurde, beim Gemeindebeamten zu stellen. Er muß von mindestens einem Zehntel der Wähler unterfertigt sein.

In allen Gemeinden sind die Kandidatenlisten

spätestens am vierzehnten Tage vor dem Wahltag bis 12 Uhr mittags in zwei Exemplaren dem Gemeindeamt vorzulegen. Um jedem Rechtsstreit über die Einhaltung des Termins aus dem Wege zu gehen, empfehlen wir,

die Listen spätestens Samstag den 1. September einzureichen.

Das Gemeindeamt ist verpflichtet, die Zeit der Einreichung zu bestätigen.

Wir empfehlen, die Kandidatenliste in drei Ausfertigungen herzustellen, zwei beim Gemeindeamt zu überreichen, auf der dritten deren Uebereinstimmung mit den eingereichten vom Gemeindeamt bestätigen zu lassen. Das Gemeindeamt ist verpflichtet, diese Bestätigung vorzunehmen.

Die Kandidatenliste muß von einer im Gesetz bestimmten Anzahl von Wählern unterschrieben sein. Die Zahl richtet sich nach der bei der letzten Volkszählung ermittelten Einwohnerzahl und beträgt:

in Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern:	10
" " " " 2000 "	20
" " " " 5000 "	30
" " " " mit über 5000 "	50
" " " " 20.000 "	100
in Groß-Prag	500.

Um etwaige Beanstandungen zu vermeiden, die daraus entstehen könnten, daß einzelne

Die Verhandlungen im Bergarbeiterstreik gescheitert.

Gestern vormittags fanden Verhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer des Nordwestböhmischen Braunkohlenreviers und der Zentralstreikleitung statt, bei welchen versucht werden sollte, eine Grundlage für die Regelung des Konfliktes in diesem Reviere zu finden; das eventuelle Ergebnis würde als Unterlage für die Regelung des Konfliktes in den übrigen Revieren dienen. Die Verhandlungen dauerten bis 5 Uhr nachmittags. Die Vertreter der Unternehmer legten ihre Anträge zur Regelung des Lohnstreites vor, nach welchen die Herabsetzung der Löhne in zwei Etappen durchzuführen wäre. In der ersten Etappe soll die Herabsetzung der Löhne bei den einzelnen Kategorien von drei bis sechs Kronen per Schicht, weiter die Herabsetzung der Familien- und der Kinderzulagen um 50 Prozent durchgeführt werden. Nach einer vorläufigen Prüfung würde diese Herabsetzung durchschnittlich 12—15 Prozent betragen. Weiter beantragten die Unternehmervertreter bei der Neuregelung der Bedinge die Herabsetzung der Normalarbeitsleistung auf Grund der durch Fehlerschichten unnatürlich erhöhten Durchschnittsleistung des ersten Halbjahres 1923. Die aus dieser Herabsetzung der Durchschnittsleistung resultierende Lohnherabsetzung kann nicht sofort festgestellt werden. Endlich beantragten sie die Verzögerung der Samstagsschichten nach der Anzahl der wirklich gearbeiteten Stunden.

Die Vertreter der Arbeiterschaft, denen in unverbindlichen Ausdrücken die Unternehmer eine bedeutend geringere Reduktion angeboten haben, waren durch die unterbreiteten Vorschläge überrascht und erklärten, daß sie infolge dieser Anträge den Versuch, eine Grundlage zur Regelung des Konfliktes zu finden, als gescheitert betrachten müssen. Sie erklärten, ihren Antrag, in dem sie ihre Bereitwilligkeit

ausgesprochen, einer Herabsetzung der Löhne um vorläufig fünf Prozent und einer weiteren Herabsetzung zuzustimmen, wenn die dafür erforderlichen Voraussetzungen: Verbilligung der Preise der Bedarfsartikel und erhöhte Beschäftigungsmöglichkeit, eintreten, zurückzuziehen. Nach dieser Erklärung wurde die Sitzung geschlossen. Die Zentralstreikleitung tritt morgen mit den Vertretern der Revierstreikleitungen zu einer Sitzung zusammen, in welcher über die Situation Bericht erstattet werden wird.

Die Streiklage.

In der Streiklage hat sich nichts geändert. Aus allen Revieren wird gemeldet, daß der Streik ruhig verläuft. Zu den bisherigen Meldungen ist bloß zu bemerken, daß auf der Elisabethgrube in Türmisch, die das dortige Elektrizitätswerk mit Kohle versorgt, mit Zustimmung des dortigen Streikausschusses normal gearbeitet wird.

Die tschechoslowakische Arbeitergemeinschaft, das ist die Zentralstelle der tschechischen nationalsozialistischen Gewerkschaften, hat eine Kundgebung beschlossen, in der es heißt, daß die in der Arbeitergemeinschaft zusammengefaßten Arbeiter den Abwehrkampf der Bergleute mit der aufrichtigsten Sympathie verfolgen und es für ihre selbstverständliche sozialistische Pflicht halten, zur stetigen Beendigung des Kampfes durch jedes Mittel beizutragen. Möge der Kampf, welche Ergebnisse auch immer zeitigen, kein organisierter Arbeiter wird die Ueberzeugung verlieren, daß der Kampf von den Kohlenbaronen hervorgerufen wurde, und daß diese allein für alle entstehenden Folgen die Verantwortung tragen. Die Kundgebung schließt mit den Worten: „Es lebe die Einheitsfront der Bergarbeiter! Es lebe ihr gerechter Kampf!“

Ich erkläre hiemit, daß ich die Kandidatur der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei annehme und daß ich mit meiner Zustimmung auf keiner Liste einer anderen Partei kandidiert werde.

Diese Erklärungen sind den Kandidatenlisten beizuschließen.

Wenn ein Kandidat nach Einreichung der Kandidatenlisten auf die Kandidatur verzichtet, stirbt, die Wählbarkeit verliert oder gestrichen wird, kann der Bevollmächtigte unserer Partei die Liste durch Namhaftmachung eines anderen Kandidaten ergänzen. Dies hat längstens am zehnten Tage vor der Wahl (also spätestens am 6. September) zu geschehen.

Gleichzeitig mit der Wahlkundmachung sind die ständigen Wählerverzeichnisse durch vierzehn Tage aufzulegen. Die Einsicht in die Wählerverzeichnisse muß in allen Gemeinden mit über 5000 Einwohnern an den beiden Samstagen auch während der Mittagsstunden und selbst am Sonntag vormittags möglich sein.

Unsere Genossen müssen die Durchführung dieser Vorschrift überwachen.

Für das gesamte, auf die Wähler bezug habende Verfahren ist in der Gemeindeverordnung festgestellt, daß alle Eingaben, Protokolle, Einsprüche und Beschwerden und die Beilagen dazu stempelfrei sind.

Die gesetzlichen Bestimmungen und Fristen über die Listenkoppelungen und über die eigentliche Wahlhandlung werden wir zeitgerecht veröffentlichen.

Soziale Verwaltung.

In der Frühzeit der Arbeiterbewegung erkannte das Proletariat als das nächste Ziel seiner Kämpfe das Mitbestimmungsrecht an der Gesetzgebung. Die Feldenkämpfe, die die Arbeiterklasse in dieser Zeit führte, galten der Demokratisierung des Wahlrechtes, der Eroberung des allgemeinen, gleichen und geheimen Stimmrechtes, ein Kampf, der insbesondere im alten Oesterreich von den Proletariern aller Nationen mit nimmermüder Energie und Zähigkeit geführt worden ist, bis der Sieg erfochten war. Als die Arbeiterbewegung noch in den Kinderschuhen steckte, als Ferdinand Lassalle mit seinen Donnerworten die Arbeiter aus Dumpfheit und Unklarheit zur Erkenntnis ihrer nächsten Klassenziele erweckte, da zündete nichts so sehr in den Massen der arbeitenden Bevölkerung, als die flammend vorgetragene Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht. In dieser Zeit galt es, die Arbeiterschaft zum Klassenbewußtsein zu erziehen, die Arbeiter erst zu organisieren, das Proletariat durch Redner und Agitatoren aufzurütteln, denen es gegeben war, eine in dumpfem Ertragen ihres Schicksals dahinströmende Generation zu politischem Leben und zu politischer Kraftentfaltung zu erwecken.

Als das allgemeine Wahlrecht erkämpft war, da erkannte die Arbeiterschaft, daß das Mitbestimmungsrecht in der Gesetzgebung noch nicht die scharfe Waffe ist, mit der man den Staat als ausschließliches Klasseninstrument der Bourgeoisie ihr aus den Händen schlägt, daß man nicht nur um die Gesetzgebung proletarischer Klassenforderungen kämpfen, sondern daß auch der Durchführung der beschlossenen Gesetze die Sorge der Arbeiterschaft gelten muß. Schon Martin Luther hat gesagt, daß das Gesetz eine wächserne Nase hat und sich beliebig verdrehen lasse. Das Gesetz bleibt ein toter Buchstabe, erst seine Durchführung bringt es zu kraftvollem Leben. Diese Durchführung obliegt der Verwaltung. Der Staat ruht nicht nur auf der Säule der Gesetzgebung, sondern ebenso auf dem Fels der Verwaltung. Wenn im Staate eine gute Gesetzgebung und eine schlechte Verwaltung herrscht, dann ist dies eine hinkende Demokratie, dann hat die Arbeiterschaft in dem Kampfe um die Durchführung ihrer Interessen erst halbe Arbeit geleistet. Wir haben die Demokratisierung der Gesetzgebung in einem der glänzendsten politischen Feldzüge, welche die Geschichte kennt, erkämpft, wir stehen mitten in einem nicht weniger bedeutungsvollen Kampfe, in dem Ringen um die Demokratisierung der Verwaltung. Dieser Kampf wird, sofern es sich um die Staatsverwaltung handelt, im Parlament von den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten geführt. Ein Stück dieser demokratischen Selbstverwaltung haben wir uns durch das allgemeine Wahlrecht in den Gemeinden errungen. Bei den letzten Wahlen ist eine große Anzahl von Sozialdemokraten in die Gemeinden eingezogen, um die Zügel der Gemeindeverwaltung zu ergreifen.

Die Arbeiterklasse aber will die Verwaltung aus den Händen der Bourgeoisie nicht übernehmen, um sie unverändert fortzuführen. Mit der Arbeiterklasse zog in die Verwaltung vor vier Jahren auch ein neuer Geist ein, und je mehr die Arbeiterklasse in die Verwaltung der Gemeinden eindringt, desto mehr muß diese neue Art der Verwaltung zur Geltung kommen. Die Bourgeoisie kannte nur eine obrigkeitliche Verwaltung: Der Staat soll Refruten ausheben, Steuern einheben, durch seine Polizei die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten, in der Gemeinde sollen die Interessen der Hausherren gewahrt, die Straßen besperrt und der Mist weggeschafft werden. Die Arbeiterklasse aber kämpft um die soziale Verwaltung. Der letzte Zweck des Verwaltungsapparates von Gemeinde, Bezirk und Staat muß sein, den Menschen zu schützen, sich des wirtschaftlich Schwachen anzunehmen. Die Verwaltung muß dafür sorgen, daß die Menschen weder obdachlos umherirren,

der unterschriebenen Personen nicht wahlberechtigt sind, empfehlen wir, die Listen von einer größeren als der vorgeschriebenen Anzahl unterfertigen zu lassen.

In vielen Gemeinden ist bei der letzten Wahl verlangt worden, daß die Unterschriften notariell beglaubigt sein müssen. Wir verweisen darauf, daß dieses Erfordernis im Gesetze nicht begründet ist, daß also eine einfache Unterschrift vollkommen genügt. Es wird gut sein, über diese Frage rechtzeitig mit den betreffenden Gemeindeorganen Rücksprache zu nehmen und auf die Ueberflüssigkeit der notariellen Beglaubigung zu verweisen, um nicht durch Auseinandersetzungen im letzten Augenblick die rechtzeitige Vornahme aller erforderlichen Amtshandlungen in Frage zu stellen.

Die Kandidatenliste muß enthalten:

1. die Bezeichnung: Kandidatenliste der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei;
 2. das Verzeichnis der Kandidaten (ihre Zahl darf höchstens um die Hälfte größer sein als die Zahl der in die Gemeindevertretung zu wählenden Personen);
 3. die Bezeichnung des Bevollmächtigten unserer Partei und seines Ersatzmannes.
- Im Verzeichnisse der Kandidaten ist die Reihenfolge eines jeden mit arabischen Ziffern ersichtlich zu machen.

Jeder Kandidat unserer Partei hat eine Erklärung folgenden Wortlautes zu unterschreiben:

nach in überfüllten Mietklosetten eingepfercht, eng aneinander wohnen; sie muß dafür Sorge tragen, daß der Arbeiter, der ohne sein Verschulden arbeitslos geworden ist, von der Gesellschaft entsprechende Unterstützung oder neue Arbeitsgelegenheit erhält; die Verwaltung muß dafür sorgen, daß die Kinder der arbeitenden Menschen in der Schule lernen und ihre Gesundheit erhalten, kurz, die Fürsorge für den Menschen muß im Mittelpunkt aller Verwaltungskunst und allen Verwaltungs-krebens stehen. Die Verwaltung mit sozialem Geist zu erfüllen, den ganzen Verwaltungsorganismus sozialen Zwecken unterzuordnen, ist die Aufgabe der Arbeiterklasse auf diesem Gebiete. Die Lösung dieser Aufgabe ist durch die unablässige Arbeit der Sozialdemokraten in den letzten vier Jahren angebahnt worden.

Wilhelm Liebknecht hat einst gesagt, daß die Gründung des kleinsten Arbeiterbildungsvereines eine größere geschichtliche Tat gewesen ist als die Schlacht bei Sedan. Ebenso können wir sagen, daß der vor vier Jahren erfolgte Einzug von Arbeitern und Arbeiterinnen, von Angestellten und Beamten in die Gemeindevertretungen eine größere geschichtliche Tat bedeutet hat als etwa der von tausenden irregulären Weichen bejubelte Durchbruch bei Tarnow-Gorlice. Dort, wo man gewöhnt war, die reichen Bürger der Städte und die Großbauern des Landes herrschen zu sehen, wo nur der Bürgermeister sein konnte, der ein Haus auf dem Marktplatz oder die meisten Stüd Vieh besaß, sah man nun werktätige Männer und Frauen in die Gemeindefürsorge eingehen. Wie viele Arbeiter und Angestellte sind direkt von der Werkbank oder aus dem Schacht, von der Eisenbahn oder aus der Kanzlei auf den Bürgermeisterstuhl großer Städte gestiegen, wie viele schlichte Arbeitermädchen haben sich in unzähligen Auskutsch- und Kommissionsstellungen mit den vielgestaltigen Problemen der Verwaltung größerer oder kleinerer Gemeinden abgemüht. Das ist der große geschichtliche Fortschritt, der sich 1919 vollzogen hat. Und was noch erhebender ist, das ist die Tatsache, daß all die Arbeiter und Angestellten, die einfachen Männer und Frauen, die von der Kunst, eine Gemeinde zu verwalten, keine Ahnung hatten, nun gelernt haben, wie man ein Gemeinwesen betreut. Heute, nach vier Jahren, können wir stolz und mutig bekennen: Wir haben die große Prüfung, die an uns herangetreten ist, bestanden. Das Proletariat hat gezeigt, daß es durch seine Vertreter die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen fähig ist. Innerhalb der Gemeinde, welche die natürliche Siedlungsweise der Menschen zur Grundlage hat, und die nach der Familie und der Hausgemeinschaft die kleinste Verwaltungseinheit ist, haben die arbeitenden Menschen den herrschenden Klassen zum Trost gezeigt, daß sie verwalten können und daß sie die Interessen ihrer Klassengenossen im Ringen gegen die Tradition der verrotteten bürgerlichen Gemeindeverwaltungen, die im Dunkel des halbfeudalen Oesterreich ihr zweifelhaftes Leben geführt haben, zu wahren verstehen.

So können wir mit ruhigem Gewissen stolz auf unser Werk vor die Wähler hintreten, ohne die slavische Beiseidenheit, die einer aufsteigenden Klasse nicht ansteht und denen, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben, sagen: Scheit, was wir geschaffen, was die arbeitenden Menschen in den wenigen Jahren vollbracht haben. Wir haben die Gemeindeverwaltung im Interesse der arbeitenden Menschheit geführt, wir haben uns in der Gemeinde selbst verwaltet, wir haben diejenigen Kenntnisse erworben, erprobt und ungeübt verwendet, die dazu notwendig sind, die Leitung unseres Schicksals bereinst in die eigenen Hände zu nehmen. Der neue Geist der sozialen Verwaltung ist auf dem Marsche und keine Kraft der Welt wird seinen Siegeszug aufhalten! Das wird der 16. September allen unseren Feinden zeigen!

Verzögerung der belgischen Antwortnote.

London, 23. August. Reuter erfährt, daß die belgische Antwort in London heute erwartet wird. Die ganze Reparationsfrage könne dann auf einer breiteren und umfassenderen Grundlage erörtert werden. Eine Versammlung des Kabinetts werde für unwahrscheinlich gehalten, wenigstens für den Augenblick. — Nach einer Brüsseler Meldung der „Times“ soll die Note noch nicht vollkommen abgeschlossen sein. Sie werde nicht vor Ende dieser Woche, vielleicht sogar erst zu Beginn der nächsten Woche nach London gesendet werden.

London, 22. August. (R.) Die französische Antwort auf die englische Note wurde einem genauen und sorgfältigen Studium unterzogen, über dessen Ergebnisse einstweilen noch keine Meldungen vorliegen. Abgesehen von anderen Umständen kann die offizielle Anschauung selbstverständlich vor der Uebermittlung und Prüfung der belgischen Antwort nicht formuliert werden.

Der wichtigste Behelf für den Gemeindevahlkampf

für jeden sozialdemokratischen Vertrauensmann, jeden Kandidaten, jeden in der Agitation tätigen Genossen oder Genossin ist der „Sozialdemokrat“.

Er wird alle Verlautbarungen des Parteivorstandes bringen, ferner genaue Berichte über den Fortgang des Wahlkampfes in allen Gebieten des Staates und schließlich werden seine Aufsätze auch jedem Vertrauensmann

als Agitationmaterial unentbehrlich sein.

Darum muß unbedingt in jedem Orte, für jede Lokalorganisation, auch in allen Gasthäusern, wo Parteigenossen und Genossinnen verkehren, der „Sozialdemokrat“ ausliegen.

Benützet, Genossen und Genossinnen, das Zentralorgan der Partei als die scharfe Waffe, als unentbehrliches Werkzeug im Wahlkampf, der zwar kurz sein wird, aber mit um so größerer Entschiedenheit gegen alle unsere Feinde geführt werden muß.

Die Gemeindevahlen.

Die deutsche Nationalpartei auf dem Wählerfeld.

Die deutsche Nationalpartei schmiedet ihre Parolen nach den jeweiligen Bedürfnissen des Tages. Es ist noch gar nicht so lange her, als die deutsche Nationalpartei den einheitslichen Verband der bürgerlichen Parteien im Parlamente sprengte und mit ihren gelben Ablegern, den deutschen Nationalsozialisten, die Kampfgemeinschaft gründete, die allein den „Kampf“ gegen die Tschechen führen sollte. Wie es sich aber bald herausstellte, war der Kampf der Patentreuergemeinschaft nicht gegen die Tschechen, sondern gegen die übrigen deutschbürgerlichen Parteien gerichtet. Nun plötzlich, vor den Wahlen, beginnen die Deutschnationalen, wieder die Einheits-schamie zu blasen. Und auch die vielgeschmähten Juden, die die „reintassigen“ Parteien zu bekämpfen haben, werden nun in Ruhe gelassen. Denn „so brennend die Judenfrage ist, voran steht das Problem der Volksgemeinschaft“. So versichert der Leitartikler der „Sudetendeutschen Tageszeitung“. Er ruft den Deutschen zu „Seid einig!“ Er sagt sogar:

„Die deutsch-demokratische Partei hat in dieser Hinsicht den weitesten Wirkungsbereich: sie darf, ohne gegen ihr Programm zu verstoßen, auch den sich nur zum Deutschstum Bekennenden, also seiner Rassezugehörigkeit nach Nichtdeutschen, aufnehmen.“

Also werden die Juden wieder in Gnaden ausgenommen. Denn wenn sie auch nicht „rasse-rein“ sind, Stimmen und Geld bringen sie doch. Daß „es nicht so einfach ist, völkische Politik zu machen“, wie derselbe Leitartikler schreibt, glauben wir der sudetendeutschen Tante recht gern. Besonders ist dies schwer, wenn man sich von völkischer Politik keinen rechten Begriff macht wie die Herren Deutschbürgerlichen. Erst wurde verkündet, die richtige völkische Politik könne nur von der Kampfgemeinschaft gemacht werden und jetzt will man wieder den völkischen Einheitsgedanken aller deutschbürgerlichen Parteien propagieren. Zum Schluß erfahren wir auch aus dem zitierten Artikel in der „Sudetendeutschen Tageszeitung“, warum nun von den Nationalparteilern soviel von Einheit geredet wird. Sie haben Angst, daß sich die Kläglichkeit ihrer Politik bei den Gemeindevahlen in ihrer ganzen Nacktheit enthüllt und ihr Organ meint deshalb:

„Lassen wir einmal vom Parteigoismus und dem unheilvollen Partikularismus und stehen zusammen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Kaufmann und Hochschulprofessor, um möglichst viele Deutsche, Männer, in deren Deutschheit und Ehrenhaftigkeit kein Zweifel gesetzt werden kann, in die Gemeindefürsorge zu bringen.“

Na, also, da ist sie schon da, am ersten Tage, die altbekannte Wahlparole der Deutschbürgerlichen. Nun um Stimmen gewonnen wird, sollen sich wieder die „Arbeitnehmer“, damit meint der Herr Schriftleiter die Arbeiter, mit den Arbeitgebern (Kapitalisten) zusammenschließen. Das möchten die Nationalparteilern brauchen, um ihre Macht teils zu stärken, teils wieder zu erobern. Schon mit ihrem ersten Wahl-Artikel hat sich die deutsche Nationalpartei restlos enthüllt.

Verwandlung einer deutschnationalen Gemeindevählerversammlung in eine sozialdemokratische.

Für Dienstag abends hatte das „Nordböh-mische Tagblatt“ eine öffentliche Gemeindevähler-versammlung in Bünauburg bei Bodenbach

angekündigt. In dieser Ankündigung wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß alle beteiligten Kreise der Bevölkerung an dieser Versammlung teilnehmen werden. Da unsere Genossen doch sicherlich auch zu diesen „beteiligten Kreisen der Bevölkerung“ gehören, begaben sie sich in das Versammlungstokal, um zu hören, was ihnen die deutsche Nationalpartei zu den kommenden Gemeindevahlen zu sagen hat. Obwohl die Versammlung für acht Uhr abends anberaumt und das Lokal bis auf das letzte Plätzchen gefüllt war, machte das Präsidium keine Miene, zu öffnen. Unsere Genossen waren natürlich ungebüdig und fragten, was eigentlich los sei. Da wurde ihnen eine Antwort erteilt, die ein recht trübes Licht auf die Verhältnisse in der deutschen Nationalpartei wirft. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Bünauburg der deutschen Nationalpartei erklärte nämlich, er wisse nicht, wer die Versammlung einberufen habe, er sei erst durch die Ankündigung im „Nordböh-mischen Tagblatt“ aufmerksam gemacht worden. Da das Präsidium auch weitere Ausflüchte gebrauchte und die Absicht der Deutschnationalen klar zutage trat, die Versammlung nicht abzuhalten, wurde von der Versammlung kurzerhand beschlossen, ein Präsidium zu wählen und die Versammlung zu eröffnen. Genosse Arnberg schilderte die Vergangenheit und Gegenwart der Nationalpartei und ihre ganze schwindelhafte Politik. Genosse Tiehe richtete an die Versammlung die Frage, ob jemand zu sprechen wünsche, allein die Herren von der bürgerlichen Seite hüllten sich, insofern sie es nicht vorgezogen hatten, zu verduften, in eisiges Schweigen.

Die erste Gemeindevählerversammlung der deutschen Nationalpartei hat also mit einem glänzenden Erfolg der — deutschen Sozialdemokraten geadet. Sie ist ein gutes Vorzeichen für den beginnenden Wahlkampf!

Der Vorprung der Koalitions-parteien.

Die Koalitionsparteien zeigen sich von der Ausführung der Gemeindevahlen nicht sonderlich überrascht. Ihre Zeitungen vermerken die Tatsache, daß die Gemeindevahlen ausgeschrieben sind, trocken, ohne hieran irgendwelche Bemerkungen über die Kürze der Frist, die uns noch von den Wahlen trennt, zu knüpfen. Kein Wunder, haben sie sich doch bereits seit Wochen vorbereitet, weil ihnen das genaue Wahldatum heimlich-weise bekanntgegeben wurde. Ein neuer Beweis dafür ist in der Abendausgabe des „Pravo Lidu“ von gestern enthalten. Die tschechisch-sozialdemokratische Partei zeigt für Donnerstag, den 23. August drei Versammlungen, für Freitag, den 24. August fünf Versammlungen, für Samstag, den 25. August 27 Versammlungen und für Sonntag, den 26. August sogar nicht weniger als hundert Versammlungen in den verschiedensten Orten der Republik an und gibt gleichzeitig die Namen der Referenten bekannt, die in diesen Versammlungen sprechen werden. — Glaubt da noch jemand, daß den Koalitionsparteien der Termin der Gemeindevahlen nicht längst bekannt war?

Außerordentlich Begleitungsreisen mit der Tagesordnung „Die Gemeindevahlen am 16. September“ finden am Sonntag, den 25. August statt in: Podersam: 9 Uhr vormittags; Postelberg: 2 Uhr nachmittags im Gasthaus „Zum schwarzen Bären“; Saaz: 2 Uhr nachmittags; Weipert: 2 Uhr nachmittags und Raaben: 9 Uhr vormittags.

Inland.

Deutschnationale Phantasien.

Die „Sudetendeutsche Tages-Zeitung“ druckt in ihrer Sonntagsnummer einen dieser Briefe ab, dessen Chiffre „—“ die Feder jenes Mannes ver-rät, der im Jahre 1911 die von Wienerer ausgehaltene D. R., die darum allgemein Dispositions-fondforepondenz genannt wurde, herausgab. Nun gibt es keinen Wienerer mehr, der den Kampf gegen die Sozialdemokratie finanziert, aber die jüdische Großfinanz, die die Herren Christlichsozialen und deutschnationalen Antisemiten finanziert, wünscht wie zu Wienerer Zeiten offenbar den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie wieder mit den Lügen der deutschnationalen Schriftleiter zu führen. Die Einleitung dazu ist der Artikel des Herrn —, der sich dazu nicht einmal seine Wiener „Deutschnational-tageszeitung“ aussucht, sondern dessen Prager Bruderblatt, augenscheinlich, weil er glaubt, daß man in Prag die Verhältnisse weniger kennt und weil ein Messerstück von hinten der deutschnationalen Kampfweise auch mehr entspricht.

Wie wenig in der Sache wahr ist, wird man aber gerade in Prag leichter erkennen, weil man dort noch den Artikel des „Pravo Lidu“ vom 30. Juni und die Angriffe der tschechischnationalen Presse gegen die Wiener Sozialdemokratie in Erinnerung hat, die sich auf eine in der Konferenz der Völkerbundstägigen in französischer Sprache verteilte Proschüre des Wiener tschechischen National-ausschusses stützen. Wie die tschechischen Nationalisten der Wiener Sozialdemokratie vorwerfen, daß sie den Tschechen Unrecht tun, so werfen die deutschen Nationalisten ihnen vor, daß sie sie be-nünstigen, und so widerlegt eben ein Angriff den anderen. Die unvoreingenommenen Tschechen können aus diesem deutschnationalen Angriff ersehen, wessen Geschäfte sie mit ihren Angriffen auf die Wiener Sozialdemokraten besorgen, wie auch die anständigen Deutschnationalen in Wien schon

längst sich mit den Vorschriften des Vertrages von St. Germain abgefunden haben.

Was aber die Behauptung von einem Wahl-vertrag zwischen den Wiener Tschechen und den Wiener Sozialdemokraten betrifft, so ist aus dem Artikel selbst zu ersehen, daß sich der Schreiber die Sache aus dem Finger gezogen hat. Er sagt nicht, daß ein solcher Vertrag geschlossen wurde, sondern er deutet es nur an, indem er behauptet, daß Verhandlungen darüber „im Zuge“ seien. Woher er das weiß, deutet er nicht einmal an und es ist auch in keinem einzigen Blatt gestanden, weder in einem deutschnationalen noch in einem tschechischen. Die Wahrheit ist nur (und daraus hat sich der deutschnationale Lügner seine Lüge konstruiert), daß die Wiener tschechischen Sozialdemokraten beschlos-sen haben, bei den Wahlen keine eigenen Kandida-ten aufzustellen, sondern allen fortschrittlichen Tschechen zu empfehlen, für die deutschen Sozial-demokraten zu stimmen. Ausdrücklich nennen ihre „Dänische Listy“ in der Begründung die deutschen Sozialdemokraten das „kleinere Uebel“ und begründen den Beschluß ihrer Partei damit, daß die fortschrittlichen Tschechen doch nicht durch eigene Kandidaten, die gar keine Aussichten haben, ge-wählt zu werden, den Christlichsozialen, die sich jetzt offenkundig als Monarchisten entlarvt haben, zum Sieg zu verhelfen dürfen. Dieser Beschluß ist, wie man in Prag weiß, von den tschechischen Na-tionalisten auf das heftigste bekämpft worden, denen offenbar an einem Sieg des Habsburgerläsien Seipel weniger gelegen ist als den tschechischen Proletariern in Wien, die sich noch ihr proletari-sches Gefühl bewahrt haben. Uebrigens ist das auch dem Herrn — nicht unbekannt. Aber seine Auftraggeber wünschen, daß er die Sozialdemokra-ten verleumde, also muß er seine Verleumdungen suchen, wo er sie findet.

Der österreichische Geist lebt. Wir haben vor kurzer Zeit die Meinung des Brünner tschechisch-sozialdemokratischen Blattes „Straž Sozialismu“ über die Widersinnigkeit des Kampfes gegen Spektakeln und Straßentafeln wiedergegeben. Nunmehr wurden in Freitalda u und Um-gebung alle Wirte aufgefordert, in den Lokalen tschechische Spektakeln aufzulegen, Aufschriften mit tschechisch-deutschem Texte besorgen zu lassen, und Kellner zu halten, welche die Staatsprache beherrschen. Das Brünner tschechisch-sozialdemo-kra-tische Blatt nimmt anlässlich dieses Beschles neuerlich zur Straßentafelpolitik Stellung und lehnt das ungeschickte subrindliche Einmengen in innere Angelegenheiten deutscher Gemeinden ab. Das Blatt meint, diese Politik des Reizens und des Quälens der Bevölkerung gebe davon Zeug-nis, daß der österreichische Geist in den Memtern noch fortlebe. Wenn in Paris, London usw. deut-sche Orientierungstafeln bestehen, können solche auch in Aisch, Eger und anderen Städten niman-dem schaden. Zum Schutze des Staates brauche man in deutschen Städten keine tschechischen Stra-ßentafeln, man müsse vielmehr alles unternehmen, was zu einem ruhigen Nebeneinanderleben der Nationen im Staate führe. Durch die unsinnige Tafelpolitik werde diese Zusammenarbeit und die Verbesserung der Völker nicht erreicht werden.

Wie sich die tschechischen Nationalsozialisten Gemeindevahlgeelder verschaffen wollten. Die maßrifschen Blätter besaßen sich schon seit längerer Zeit mit der Vergebungsbaffare der Restauration am Olmüker Hauptbahnhof, in deren Mittelpunk-t die Olmüter tschechischen Nationalsozialisten stehen. Diese forderten vom Hotelier Ja-hoda 10.000 Kronen für ihren Agitationsfond, wenn er Ansprüche auf die weitere Vermietung der Bahnhofrestauration stellen sollte. Schließlich einigte man sich auf einen Betrag von 7500 Kro-nen und hievon bezahlte Herr Jahoda einen Betrag von 3500 Kronen dem Kassier der Lokal-organisation Olmüh. Er versprach, den Rest zu bezahlen, bis er den Mietvertrag erhalten werde. Im Falle dies nicht geschehen sollte, wurde ihm die Rückerstattung des Geldes versprochen. Herr Jahoda erhielt die Restauration nicht, sondern es wurde diese an seinen Konkurrenten Kunz vergeben, der scheinbar „oben“ eine bessere Pro-tekction hat. Denn er erhielt die Restauration auf Einschreiten eines sehr hochgestellten Mannes unter Umgehung der Staatsbahndirektion Olmüh. Nun fordert Jahoda die Rückgabe des Geldes. Der „Novy Den“ freut sich sehr über das Mißgeschick der tschechischen nationalsozialistischen Brüder. Eine politische Partei in der Rolle der Vergeberin von Bahnhofrestaurationen, ein wahrhaft schönes Bild! Es scheint aber, daß man aus dem Ergebnis des Kampfes um die Olmüker Restauration den Schluß ziehen kann, daß es mehrere Regierungsparteien gibt, die sich mit ähnlichen Geschäften befassen.

Einkellung der Berliner Straßenbahn.

Berlin, 23. August. (Eigenbericht.) Der Kellstenausschuh der Berliner Stadtverordneten-versammlung sahle gestern den Beschluß, den Berliner Straßenbahnbetrieb restlos stillzu-legen. Diefem folgenschweren Entschlusse hat sich der Magistrat von Groß-Berlin heute ange-schlossen. Die Berliner Straßenbahnen erfordern in der letzten Zeit täglich einen Zuschuß von 60 Milliarden Mark, den die Stadt nicht leisten kann, zumal das Reich mit seinem Steueranteil für die Reichshauptstadt auch im Verzug bleibe. Am Freitag werden deshalb sämtliche 11.000 Straßenbahnen zum 7. Septem-ber gekündigt werden; vom 8. September ange-fangen, soll die völlige Stilllegung erfolgen. Aller-dings erhofft man die Einstellung des Betriebes nur auf kurze Zeit beschränken zu können; man will die Straßenbahn in einer neuen Betriebs-form als eine städtische Aktiengesellschaft wieder aufleben lassen.

Die neue Regierung in Deutschland.

Von Karl Rautsky.

I.

Das Ministerium der großen Koalition ist von der deutschen Sozialdemokratie nicht mit ungemischter Freude aufgenommen worden. Selbst diejenigen, die sich mit ihm abgefunden haben, betrachten es vielfach nur als kleineres Übel. Und doch bedeutet es weit mehr: es ist die einzige Regierung, die noch die Möglichkeit eines Ausweges bietet aus der entsetzlichen Situation, in die Deutschland in den letzten Monaten geraten ist. Versagte auch diese Regierung, so wäre das der Anfang vom Ende. Neuwahlen würden den Bankrott nur noch bekräftigen, wenn eine geregelte Wahllegation überhaupt noch möglich wäre. Es ist eine ungläubliche Illusion, zu erwarten, sie würden eine geschlossene sozialdemokratische Mehrheit bringen.

Mancher unserer Freunde vergleicht die heutige Situation mit der Deutschlands im November 1918 oder der Russlands im Jahre vorher. Im November 1918 war die Parole der Arbeiterregierung sicher am Platze, aber diejenigen, die sie damals unmöglich machten, indem sie den Bürgerkrieg innerhalb des Proletariats predigten und betrieben, haben ihr damit für Jahre hinaus den Boden entzogen.

Anders ging es in Russland 1917. Dort führte die aus dem Unterliegen im Kriege hervorgehende Revolution zunächst nicht zu einer rein sozialistischen, sondern zu einer bürgerlich-sozialistischen Koalition, die versagte und dem Bolschewismus den Weg ebnete. Wird die sozialistisch-bürgerliche Koalition Deutschlands 1923 das gleiche Ende nehmen? Nur äußerliche Ähnlichkeiten sprechen dafür. Die Situation ist heute eine ganz andere als damals.

In Russland trachtete die Koalition den Krieg weiterzuführen, um zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen. Ihr traten die Bolschewiki gegenüber mit der Forderung sofortiger bedingungsloser Kapitulation, ja noch mehr: sie betrieben das sofortige Auseinanderlaufen der Armee, so daß Lubendorff und Wilhelm völlig freie Hand in Russland bekamen. Die Bolschewiki siegten über die Koalitionsregierung, weil die Mehrheit der Bauern und der Arbeiter hinter ihnen stand, die nach Hause wollte und sich den Teufel drum bekümmerte, was aus dem Reiche werde.

Die heutige Politik des Kommunismus ist entgegengelegter Art. Er wirft den Sozialisten in der Koalition ihren Mangel an Nationalismus vor und fordert selbst aufs energichste den aktiven Widerstand gegen die fremden Eindringlinge. Darin freilich ist er sich gleich geblieben, daß er 1923 wie 1917 seine Politik betreibt, ohne sich im geringsten um die Konsequenzen zu kümmern, die sie für das Reich, das heißt die Gesamtmasse des Volkes, nach sich ziehen wird, daß ihn bloß die augenblickliche agitatorische Wirkung seiner Parolen interessiert. Und auch darin ist er 1923 seiner Haltung von 1917 treu geblieben, daß er heute wie damals mit Lubendorff kofettiert und vielleicht auch konspiziert und auf die Armee und auf die Bauern spekuliert.

Aber dabei ist heute der Gegensatz zur Koalition doch nicht so groß wie 1917. Damals bedeutete er den Gegensatz zwischen der Fortsetzung des Krieges und der Kapitulation. Heute denkt in Deutschland niemand an Kapitulation. Fortsetzung des Widerstandes fordert jedermann. Der Gegensatz liegt darin, daß die Koalition danach trachtet, durch eine baldige Verständigung den Widerstand überflüssig zu machen, während die um Rabel im Verein mit denen um Lubendorff den Widerstand verschärfen wollen, um jede Verständigung unmöglich und einen Abschluß des Ruhrkonfliktes durch ein ungeheures Blutbad unvermeidlich zu machen.

Diejenigen unter den Kommunisten und Nationalisten, die so spekulieren, verfügen indes nur über einige Banden katzenartiger Existenzen, die jede Feuersbrunst willkommen heißen, bei der Aussicht auf Plünderung winkt. Aber den Massen der kommunistischen Arbeiter wie der nationalistischen Bauern widerstreben die Greuel des Krieges ebenso sehr wie unseren Genossen; sie werden sich durchaus nicht dagegen wehren, sondern es freudig begrüßen, wenn eine Verständigung mit Frankreich und damit ein wirklicher Friede möglich wird. Die Koalitionsregierung wird dabei die große Mehrheit der Nation hinter sich haben, während sie 1917 in Russland die Mehrheit gegen sich hatte.

Und Ähnliches wie für die äußere gilt für die innere Politik. Die Koalition von 1917 scheiterte daran, daß ihre bürgerlichen Elemente Bedenken trugen, den Besitzenden jene Opfer aufzuerlegen, die durch die Situation geboten waren. Die Kapitalisten sabotierten Konzeptionen an die Arbeiter, die Grundbesitzer wollten den Bauern ihren Boden nicht geben. Wie aus der Parole sofortigen Friedens schöpften die Bolschewiki aus der Forderung sofortiger und völliger Expropriation der Kapitalisten und Grundbesitzer ihre siegreiche Kraft. Sie gewannen damit nicht nur die unzufriedenen Mitglieder der industriellen Arbeiterschaft, die sich einbildeten, mit der bloßen Verjagung der Kapitalisten und ihrer Angestellten aus den Fabriken sei die sozialistische Produktion schon in Gang gebracht, sondern auch den landhungrigen Teil der Bauernschaft.

Damals entstand die Idee einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ als Form der Revolution. Aber es ist bodenlose Dummheit oder gewissenlose Spekulation auf bodenlose Dummheit, wenn man diese Parole heute in die deutschen Massen wirft.

Auch heute, wie 1917 in Russland, sind in Deutschland Opfer von den Besitzenden geboten, jedoch weit geringerer Art als damals. Man

Deutschlands Finanz- und Wirtschaftsnot.

Eine große Not Hilderings. — Eine brutale Steuerpolitik erforderlich.

Die gegenwärtige Regierung Deutschlands letzte politische Reserve.

Berlin, 23. August. (Wolff.) Die heutige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages hatte die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands zum Gegenstande.

Reichsfinanzminister Dr. Hilderding erinnerte zunächst daran, daß das Kabinett die Geschäfte in einer Situation übernommen habe, die nicht nur politisch und sozial außerordentlich ernst sei, sondern die auch vom finanziellen Standpunkte als fast verzweifelt angesehen werden müsse. Die rapide Dollarsteigerung habe zu außerordentlich starken Lohnbewegungen, sowie zur Steigerung vieler Rohprodukte und zum Teil auch der Lebensmittel über den Weltmarktpreis hinaus geführt, so daß die Gefahr einer völligen Stauung des Exportes und einer allgemeinen Wirtschaftskrise nahestand. Das Reich hat heute nicht nur für alle Eigenausgaben aufzukommen, nicht nur das eigene kolossale Defizit zu decken, sondern müsse darüber hinaus das gesamte Defizit der Länder und zum großen Teil auch der Kommunen übernehmen, wenn nicht der Zusammenbruch der gesamten Verwaltung eintreten soll.

Zur Währungsfrage selbst teilte der Minister mit, daß zahlreiche Privatbetriebe dazu übergegangen sind, unfundiertes Notgeld auszugeben. Die Regierung werde schnellste Abhilfe schaffen. Die Reichsbank sei in der Lage, den Notenbedarf vollständig zu decken. Die Hoffnung, daß durch starke Anspannung der Steuererschraube das Gleichgewicht im Budget hergestellt werden könne, habe sich leider nicht erfüllen lassen. So schwer die Steuern sind, so seien die Ausgaben des Reiches doch solche, daß sie zunächst durch Steuern nicht ganz gedeckt werden können. Die Zeichnungen auf die Goldanleihe gehen verhältnismäßig befriedigend ein. Es sei bereits ein besseres Resultat als bei den Dollarschankweisungen zu erwarten. Trotzdem bleibe die finanzielle Situation außerordentlich ernst. Die Inflation dürfe aus sozialen, sowie aus finanziellen Gründen nicht so weitergehen. Der Mittelstand könne nicht weiter expropriert werden. Wenn der Dollar rasch steige, überschreiten die Löhne der Arbeiterschaft, der mittleren Angestellten und Beamten die Grenzen des Existenzminimums nach unten.

Der Finanzminister gab dann im Einzelnen eine Darstellung der Defizitquellen, wobei er insbesondere erwähnte, daß im Juli für die Ausführung des Friedensvertrages vier Billionen angefordert werden mußten. Im August sei mit einer Verzinsung dieser Summe zu rechnen. Der finanzielle Effekt der Einstellung der Sachlieferungen sei nicht groß, weil die weitere Ausführung der abgeschlossenen Verträge das Reich ganz außerordentlich belasten. Das Defizit bei den Verwaltungen von Bahn und Post überstiege bei weitem das Defizit der übrigen Staatsverwaltungen. Eine vollständige Deckung des Eisenbahndefizites sei nicht möglich, so lange die Ruhraktion andauert. Die Kosten der Ruhraktion seien überhaupt derart, daß die Lösung der Finanzfrage vor allem eine außenpolitische Frage sei, so daß mit den Mitteln der Besteuerung, auch mit der Anleihe allein, eine definitive Lösung nicht zu erwarten sei. Erhebliche Posten sodann müßten für die Währungsbeschaffung an die Länder und an die Gemeinden, sowie für die Sicherung der Ernährungswirtschaft des Reiches eingesetzt werden. Das Bedauerlichste an der Entwicklung der Verhältnisse sei, daß augenblicklich ein Gegensatz zwischen der Währungspolitik und den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft besteht. Er wünsche eine Verknapfung des Geldmarktes und einen gewissen Druck auf die Wirtschaft, damit diese ihren Warenvorrat verringern und aus ihren Devisen und

ausländischen Effekten herausgehen müsse, so daß diese in die Hände des Reiches kommen und der Ankauf von Devisen gehemmt wird. In einer solchen Situation werde es möglich sein, die Herrschaft über den Devisenmarkt wieder zu gewinnen. Ohne Beherrschung des Dollarkurses sei keine Politik zu treiben, keine Lohnpolitik, keine Preispolitik, keine innere und keine äußere Politik. Deshalb sei eine brutale Steuerpolitik erforderlich. Die wirtschaftspolitischen Bedenken und Forderungen müssen jetzt hinter den währungspolitischen Notwendigkeiten zurückgestellt werden. Die Wirtschaftskreise, die einsehen, daß die gegenwärtige Regierung im Grunde genommen die letzte politische Reserve ist, über die Deutschland verfügt, haben erklärt, daß sie die Regierung unterstützen werden, die eine Notgemeinschaft aller derjenigen sei, die eingesehen haben, daß das Reich überhaupt aufhören würde zu bestehen, wenn die gegenwärtige Regierung bankrott machen würde. Auf die Umgehung des vorgesehenen Aufrufes der Devisen steht Justizstrafe und Konfiskation des Vermögens. Als Gegenwert für die Devisen soll nach Wahl der Abnehmer entweder Goldanleihe oder Leberstreifen auf ein Goldkonto gegeben werden. Wenn nachweisbar Devisenzahlung nicht möglich sei, werde die Zahlung eventuell in Papiermark entsprechend dem Goldwert angenommen werden. Die Regierung sei entschlossen, vor keinem zweckdienlichen Mittel zurückzuschrecken, um einen ausreichenden Devisenfond zu schaffen.

Hilderding verlangte zum Schluß eine Aenderung der Reichsbankpolitik im Sinne des Ueberganges zu Goldkrediten und Goldnoten. Der Mangel an Möglichkeit, sich wertbeständig zu sichern, außer in Devisen, müsse endlich beseitigt werden. Die Finanzpolitik und die Wirtschaftspolitik des Kabinetts sowie die Politik der Reichsbank müssen in Uebereinstimmung gebracht werden. Der Primat des Staates müsse unbedingt gewahrt werden. Wenn das nicht der Fall sei, so könne ein Zusammenbruch nicht verhütet werden.

Hilderding fertigt den Grafen Westarp ab

Berlin, 23. August. (Eigenbericht.) Nach der ersten und sachlichen Diskussion, die den Ausführungen des Finanzministers folgte, blieb es dem Sprecher der Deutschnationalen, dem Grafen Westarp, vorbehalten, ganz unsachliche und nur vom groben Agitationsbedürfnis diktierte Angriffe gegen die neue Regierung und ihre Finanzpolitik zu richten. Er behauptete die Unverschämtheit, die Zerrüttung des deutschen Finanzsystems, welche die Folge der Steuerhosen des deutschen Volkes und der bürgerlichen Parteien ist, auf die Herrschaft marxistischer Doktrinen in Deutschland zurückzuführen. Diese Ausführungen gaben dem Finanzminister Gelegenheit zu einer vernichtenden Abfertigung Westarps und seiner Freunde. Der Minister urteilte dann die nächsten dringenden Aufgaben, als die er bezeichnete: die Aenderung der vierteljährigen Vorauszahlungen der Beamtengehälter, die Herbeiführung einer einheitlichen Zusammenarbeit der Ressorts in finanz- und währungspolitischen Dingen, die Herstellung einer einheitlichen Finanzkontrolle über die finanzielle Gebarung der einzelnen Ressorts beim Finanzministerium.

Der Gesamteindruck der Sitzung des Hauptausschusses war überaus günstig. Aus den Erklärungen des Ministers sprach der entschlossene Wille, nicht nur mit kleinen Maßnahmen ohne weitere Gesichtspunkte einzugreifen, sondern weit darüber hinaus endlich eine von großen Gesichtspunkten geleitete Finanzpolitik im Interesse der Behauptung des Reiches zu führen.

verlangt von ihnen nur, daß sie in demselben Maße nach Maßgabe ihrer Kräfte durch Steuern zur Rettung des Staates beitragen, wie es die arbeitenden Klassen schon seit Jahren tun. In schamloser Weise haben die Besitzenden sich seit dem Beginn des Krieges um diese Pflicht herumgedrückt, gestützt auf die Politik der Inflation, die Herr Helderding eingeführt hat, die den Schiefern und Agrariern nicht nur Steueropfer ersparte, sondern ihnen sogar zur Quelle reichster Gewinne inmitten des größten Elends wurde.

Dieser Politik gilt es jetzt, ein Ende zu bereiten. Es ist sicher nicht ausgemacht, daß die große Koalition die Kraft dazu aufbringen wird, aber geradezu unsinnig ist es, von einer Bauern- und Arbeiterregierung mehr zu erwarten. Denn gerade die Bauern waren bisher die stärkste Stütze der Inflationspolitik, gerade sie haben sich am energichsten gegen jede größere Besteuerung gewehrt. Und dabei ist der deutsche Bauer über das revolutionäre Stadium längst hinaus, er ist zum reaktionärsten Faktor unter den Massen der deutschen Gesellschaft geworden, ohne ihn befähigen die Stinnes und Hitler längst nicht die Macht, über die sie verfügen. Und gerade sie sollen die berufenen Verbündeten des revolutionären deutschen Proletariats sein!

Gedankenlos kann man wohl nicht fremde Schlagworte einer früheren Zeit aufnehmen und propagieren!

Eines aber zeigt das Schlagwort von der Bauern- und Arbeiterregierung deutlich. Es beweist, daß selbst die Kommunisten an der augenblicklichen Möglichkeit einer reinen Arbeiterregie-

rung zweifeln. Eine Bauern- und Arbeiterregierung ist auch nur eine Koalitionsregierung. Aber ausgerechnet eine solche mit den schlimmsten Feinden des Proletariats. Das Wort der Bauern- und Arbeiterregierung soll nur eine Verschleierung der Idee jener Koalitionsregierung sein, die von den Kommunisten mit den extremsten Nationalisten angestrebt wird. Die Regierung Stresemann-Hilderding soll gestürzt werden, um der Koalition Rabel-Lubendorff und Röben-Hitler Platz zu machen. Diese Koalition und nicht eine reine Arbeiterregierung ist augenblicklich die einzige Alternative der großen Koalition. Damit ist die Gegnerschaft gegen diese genügend gekennzeichnet.

Es ist möglich, daß es der Regierung Stresemann-Hilderding nicht gelingt, der Folgen der Inflation völlig Herr zu werden. Aber es ist sicher, daß eine Regierung Röben-Hitler das Elend des Währungschaos auf die Spitze treiben würde durch völlige Lähmung jeglicher Produktion. Es ist möglich, daß es der Regierung Stresemann-Hilderding nicht gelingt, den Ruhrkonflikt gütlich beizulegen. Aber es ist von vornherein sicher, daß eine Regierung Röben-Hitler das weder kann, noch auch nur will. Die jetzige Regierung ist die einzige, die wenigstens die Möglichkeit bietet, das zu leisten, was die Stunde verlangt. Sie ist der letzte Rest im Röhren Deutschlands. Es hat keinen zweiten zu versenden.

Dieser fürchterliche Ernst der Situation zeigt die Notwendigkeit der großen Koalition, bietet aber auch am ehesten die Aussicht, daß ihre bürgerlichen Mitglieder sich der Zwangslage des Reiches bewußt werden und endlich wenigstens einigermaßen

den ihr entsprechend handeln. Allerdings muß man darauf gefaßt sein, daß eine starke Pression von sozialdemokratischer Seite sehr energisch wird nachhelfen müssen.

Gelängt es auch jetzt nicht, den Besitzenden Klassen die nötigen Steueropfer aufzuzwingen, dann ist freilich Deutschlands Ruin besiegelt. Befestigt durch die bornierte Kurzsichtigkeit und verbrecherischen Gewissenlosigkeit der Besitzenden und ihrer Helfershelfer und Helferräte.

1.

Indessen, auch wenn die Besitzenden Deutschlands ihre Schuldigkeit tun, ist das Reich noch nicht gerettet. Die Sanierung des Reichsbudgets, der Zahlungsbilanz, der Währung ist nur die eine der Aufgaben der Stunde. Die andere ist die Verständigung mit Frankreich. Auch die energichste und sachkundigste Finanzpolitik kann Deutschland nicht retten, wenn seine Gegner fortfahren, Unmögliches zu verlangen und mit brutaler Gewalt erpressen zu wollen.

Jeder Versuch einer Verständigung mit Frankreich muß von der Tatsache ausgehen, daß es heute tatsächlich zwei Arten Frankreich gibt. Das eine Frankreich verlangt nach Reparationen bloß, um seine zerstörten Gebiete völlig wieder aufzubauen und seine arg zerrütteten Finanzen in Ordnung zu bringen. Daneben verlangt es Sicherung seiner Grenzen. Es wünscht dies in einer Weise zu erreichen, die Frieden und Freundschaft mit Deutschland ermöglicht.

Das andere Frankreich ist jenes, dem der Sieg zu Kopf gestiegen ist. Es will die günstige Gelegenheit der Wehrlosigkeit Deutschlands dazu benutzen, es völlig zu zerrütten, um dann als unbeschränkter Beherrscher ganz Europas dazustehen. Diesem Frankreich ist die Frage der Reparationen bloß ein Vorwand, ein Schleier, hinter dem es seine wirklichen Absichten vor der Mehrheit des französischen Volkes zu verbergen sucht, die sicher diese Politik ablehnen würde, wenn sie ihr unverblümt präsentiert würde.

Ein jeder Versuch einer Verständigung mit Frankreich muß sich frei halten von allen Zweideutigkeiten und Unbestimmtheiten, um auch der Gegenseite keinen Raum zur Verschleierung ihrer wirklichen Absichten mehr zu lassen. Will die französische Regierung wirklich nicht mehr, als daß das deutsche Volk dem französischen nach Kräften hilft, die Kriegsfolgen zu überwinden, dann muß bei christlichem Willen auf beiden Seiten eine Verständigung möglich sein. Will die französische Regierung freilich mehr, will sie wirklich Deutschlands Zerstörung und wirtschaftlichen Ruin, dann wird allerdings auch die klügste und erfüllungswilligste deutsche Regierung scheitern müssen. Dann aber wird nicht in Deutschland, wie 1917 in Russland, die Koalition abgelöst werden durch eine Diktatur, die das ganze Reich mit eiserner Faust zusammenfaßt.

In Deutschland ist heute die Zahl derjenigen, die diktieren wollen, so groß, als daß ein einzelner sich gegenüber allen anderen durchsetzen könnte. Und die Diktatur Lenins stand auf sehr schwachen Füßen, so lange sich Russland dem deutschen Eindringling ohne Fähigkeit des Widerstandes gegenüber sah. Hätte Deutschland gesiegt, dann wäre es seit 1918 mit der bolschewistischen Diktatur rasch bergab gegangen. Der Sieg der Entente hat ihn in den Sattel geholfen, doch hat ihn davon bewahrt, wieder abgeworfen zu werden.

Nicht eine Diktatur, sondern Zerfall und Chaos steht dann Deutschland bevor. Aber Frankreich würde dieses Sieges nicht froh werden. Wenn der Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens es den deutschen Arbeitern unmöglich macht, von ihrer Arbeit zu leben, werden immer mehr von ihnen gezwungen werden, sich durch Plünderung und Raub über Wasser zu halten. Pogrome werden sich rasch wiederholen und sie werden nicht immer bloß den Juden gelten. Aber das Bandenwesen wird sich auch mit Vorliebe gegen den Eindringling wenden, der in frivoler Weise solches Elend über das Land gebracht hat.

Es wäre ein Unsinn, zu glauben, der Bandenkrieg könne Deutschland retten. Er wird seinen Ruin vollenden. Aber er wird gleichzeitig Frankreich zwingen, immer weitere Gebiete Deutschlands militärisch zu besetzen, die Zahl der Besatzungstruppen zu verdoppeln, zu verdreifachen, zu vervielfachen. Da mag der Weizen der Generale blühen, der Kriegslieferanten, der Schieber. Dem französischen Volk brächte diese Entwicklung neue Kriegsopfer, neue Steuern, neuen Kriegsdienst, neue Verluste an Menschenleben.

Und was würde es um diesen teuern Preis erkaufen? Jede Aussicht auf Reparationen wäre für immer dahin, keine Finanzen mehr als je zerrüttet und dabei Frankreich in der ganzen Welt verhaßt und verachtet, auch bei seinen eigenen bisherigen Verbündeten, denen diese Entwicklung, mögen sie Kunden oder Lieferanten Deutschlands sein, tiefe wirtschaftliche Schädigung bringt, sowie Verlängerung und Intensivierung der qualvollen Unruhe und Unsicherheit der letzten Jahre. Vermeerung der Kriegsküsten und endgültigen Verzichts auf jede Reparation.

Mancher Franzose mag meinen, daß Frankreich dafür eine Herrschaftstellung in der Welt gewinnen würde, wie sie weder Ludwig XIV. noch auch Napoleon je besaßen, und dabei unbeschränkte Sicherung gegen jeden feindlichen Angriff. Sie verpassen, daß Napoleon, der Unbesiegbare, an Russland zugrunde ging. Wohl kann das heutige Russland Deutschland nicht helfen und auch Frankreich nicht in Schach halten. Dazu sind seine Industrie und seine Eisenbahnen zu ruiniert, ist es zu isoliert von den großen Industrienationen. Aber das wird nicht ewig so blei-

ben. Der unüberwindliche Druck der ökonomischen Bedürfnisse wird ebenso wie den Staatskommunismus auch den heutigen Staatskapitalismus der Bolschewiki überwinden. Fraglich ist es nur, ob sie selbst diese Veränderung vollziehen werden oder ob es ihres Sturzes bedarf, um wieder größere Bewegungsfreiheit in Rußland aufkommen zu lassen. Aber kommen wird sie und mit ihr ein rascher Aufschwung des russischen Wirtschaftslbens, namentlich wenn englisches und amerikanisches Kapital nachhilft. Binnen einem Duzend Jahren kann da ein neues kraftvolles Rußland dastehen. Und wehe dann dem 40-Millionenvolk der Franzosen, wenn es als Diktator Europas, mit lauter Feinden um und hinter sich, auf das 150-Millionenvolk der Russen stößt. Es muß dann entweder kampflös seine Herrschaftsposition räumen, von Schmach und Schande bedeckt, moralisch und finanziell bankrott, oder den ungleichen Kampf aufnehmen, um noch erbärmlicher zusammenzubrechen als das Kaiserthum der Hohenzollern. Das ist das logische Ende, dem die französische Allmacht unvermeidlich zutreibt, sobald sie einmal durch den Untergang Deutschlands begründet ist. Frankreich hat heute die Macht, Deutschland zu zerstören, aber der Untergehende zieht den Sieger selbst in den Abgrund nach.

So wird es kommen, wenn Frankreich sich unerbittlich zeigt. Indes steht es noch keineswegs fest, daß das so sein müsse. Es wird viel von der Geschicklichkeit, der Arbeit, dem Entgegenkommen der deutschen Regierung abhängen, ob in den nächsten Wochen in Frankreich der Vernichtungswille oder der Verständigungswille die Oberhand behält.

Aber in der großen Schicksalswende, vor der wir jetzt stehen, werden die Regierungen allein nicht entscheiden. Es wird der Regierung kaum gelingen, den Besitzenden Deutschlands die nötigen Opfer zur Beendigung des Währungschaos aufzuerlegen, wenn nicht die sozialistischen Massen mit voller Energie hinter ihren Vertretern im Kabinett stehen. Und es wird dem friedliebenden, verständigungsbereiten Frankreich kaum gelingen, mit dem kriegslüsternden Frankreich der Generale und Schieber fertig zu werden, wenn nicht auch dort die sozialistischen Massen ihre volle Energie aufbringen. Da aber leider die sozialistische Partei Frankreichs augenblicklich noch schwach ist, ist es dringend notwendig, daß zu ihrer Unterstützung die ganze Internationale ihr Möglichstes tut.

Wohl gibt es heute nicht ohne die Regierung der großen Koalition. Aber sie allein kann es nicht schaffen. Einen Erfolg können wir nur erwarten, wenn jeder in Deutschland, jeder in Europa, der das Kommen eines wahren und dauernden Friedens erhofft, heute seine Säuligkeit für die Unterstützung der Aktion, zu der die deutsche Sozialdemokratie die Initiative ergriffen hat.

Wir stehen vor einem Moment ungeheurer geschichtlicher Größe. Er kann den Beginn des Untergangs Europas bedeuten.

Aber nichts ist schlimmer als Fatalismus und Bestimmismus. Findet der große Moment kein allzu kleines Geschlecht, dann bedeutet er den definitiven Abschluß des Krieges, den Beginn einer Ära dauernden, christlichen Friedens, des Aufstiegs aus dem Elend zu höheren Lebensformen, die den Sozialismus einleiten, der nicht nur den Frieden bringt, sondern auch als unentbehrlicher Vorbedingung des Friedens bedarf.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Aus Natur und Technik.

Deutschland in der Ausnutzung der Wasserkräfte voran. Die Ausnutzung der Wasserkräfte, bei der immer größer werdenden Kohlennot der Welt eine der wichtigsten Probleme der Zukunft, hat gerade in Deutschland in letzter Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. Eine Schätzung, die von der kanadischen Regierung durchgeführt wurde, besitzet die gegenwärtig nutzbar gemachten Wasserkräfte mit Erde mit 15 bis 16 Millionen PS. Da man den gesamten Energieverbrauch auf 120 Millionen PS. schätzt, so ist das etwa der achte Teil der Betriebskraft, die aus dem Wasser gewonnen werden kann. Die Vereinigten Staaten besitzen über 28 Millionen PS. Wasserkräfte, von denen aber nur sieben Millionen ausgenutzt werden. Kanada hat von seinen verfügbaren 27 Millionen PS. 3,5 Millionen in Betrieb genommen; Frankreich nützt von seinen 5,6 Millionen nur 0,9 Millionen PS. aus, während Deutschland, das nur über 1,5 Millionen PS. verfügt, bereits 0,62 PS. in Betrieb genommen hat. Norwegen, das mit seinen fünf Millionen einen großen Schatz an Kräften besitzt, hat 1,12 Millionen PS. ausgenutzt. Deutschland, das zu den mit Wasserkräften am reichhaltigsten bedachten Ländern gehört, hätte nach dieser Schätzung bereits fast die Hälfte verwertet und würde danach in der Ausnutzung der Energievorräte an erster Stelle stehen. Dazu bemerkt aber die Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure, daß die in Deutschland verfügbaren Wasserkräfte höher anzusetzen sind und nach den neuesten Berechnungen 3,5 bis vier Millionen PS. betragen. Auch ist zu berücksichtigen, daß die ausgebauten Kräfte durch viele Kleinanlagen vergrößert sind. Immerhin steht Deutschland voran; nach ihm kommen die Schweiz, die Vereinigten Staaten, Italien und Norwegen als die Länder, die den größten Teil ihrer Wasserkräfte zur Energiegewinnung heranzuziehen haben. In Norwegen hat man sich die günstigen Verhältnisse besonders zu

Letzte Nachrichten.

Furchtbares Eisenbahnunglück in Polen

50 Tote, 100 Verwundete.
Wlana, 23. August. (Tsch. P. B.) Heute gegen fünf Uhr früh ereignete sich hinter der Station Koszanka auf der Eisenbahnlinie zwischen Wlana-Moß ein furchtbares Eisenbahnunglück. Der um 12 Uhr nachts von Wlana nach Warschau abgehende Zug entgleiste hinter der genannten Station und stürzte in den Fluß. 50 Personen wurden dabei getötet und zirka 100 verwundet. Im Zug befanden sich hauptsächlich polnische Emigranten, die nach Amerika auswandern wollten. Die Rettungsaktion ist noch immer im Gange, ist aber durch den Mangel an Werkzeugen und technischem Material sehr erschwert.

Faschistenparaden ja, Kommunistische Parteitage nicht.

Stuttgart, 23. August. Die württembergische Regierung hat den auf den 25. und 26. August einberufenen kommunistischen Parteitag in Stuttgart, sowie die vorangehende Funktionärskonferenz verboten.

Unter französischer Fremdherrschaft.

Düsseldorf, 22. August. (Wolff.) Die verlaute, haben 34 angesehene Bürger der Stadt den Ausweisungsbefehl erhalten, darunter der über 75 Jahre alte Generalsekretär des Vereines deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Dr. Deumer und drei seiner Mitarbeiter.

Die Interparlamentarische Union.

Wir haben im einzelnen schon über den Kongreß der Interparlamentarischen Union berichtet, an dem ungefähr 700 Parlamentarier aus 27 verschiedenen Ländern, darunter zahlreiche Sozialisten, teilnahmen. Die Union besteht seit dem Jahre 1889 und hielt heuer ihren 21. Kongreß ab. Ihre Gründer waren ein englischer Abgeordneter namens Cremer, der von Beruf Zimmermann war und der bekannte französische Pazifist Friedrich Passy. Ihr Wesen war und ist pazifistisch. Anfangs war ihr Ziel nahezu ausschließlich die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes, dem alle Staaten ihre Streitigkeiten zu unterbreiten hätten. Die Union bereitete die Einberufung der beiden Haager Friedenskonferenzen in den Jahren 1899 und 1907 vor, arbeitete Musterschiedsverträge aus und wirkte durch ihre Gruppen und durch das Sekretariat dahin, daß immer mehr Staaten die auf den beiden Konferenzen im Haag beschlossenen Verträge ratifizierten. Durch den Krieg wurde die Tätigkeit der Union gehemmt. In vielfacher Beziehung sind die Ziele der Union freilich verzerrt, durch die Errichtung des Völkerbundes und eines internationalen Gerichtshofes der Verwirklichung nahegebracht worden.

Neben anderen minder wichtigen Punkten wurden auf dem Kongreß in Kopenhagen die Fragen der Abrüstung der Rechte und Pflichten der nationalen Minderheiten und der Reparationen behandelt. Es leuchtet ein, daß jede einzelne dieser Fragen auf einem internationalen Kongreß ungemünzt schwer zu erörtern ist, daß eine freie, ungeschminkte Darstellung zu argen Zusammenstößen führen und den Bestand der Union in Frage stellen müßte. Wenn es gleichwohl möglich war, den Kongreß zu Ende zu führen, ohne daß die in hohem Maße vorhandenen Differenzen allzu heftig zutage traten, so lag das daran, daß alles, was beschlossene wurde, das Ergebnis eines Kompromisses ist. In dieser Tatsache, sowie in der weiteren, daß die „Souveränität“ der Staaten ängstlich geschont und betont wird, liegt eine der

Schwächen der Organisation. Zur Abrüstungsfrage lag eine Resolution der Unionsleitung vor, welche die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen für alle Staaten als eine dringende Notwendigkeit erklärte. Obwohl schon diese Resolution ein Kompromiß war, das hinter den Beschlüssen von Stockholm und Wien weit zurückblieb, ging es den Vertretern gewisser Parlamente zu weit und der Führer der polnischen Gruppe verlangte eine Einschränkung der Abrüstung auf jene Staaten, „deren Integrität und Sicherheit genügend garantiert ist.“ Durch die Annahme dieses Antrages hätte die Resolution ihren ohnedies höchst fraglichen Wert vollkommen eingebüßt. Trotzdem stimmte dem Antrage die rumänische Gruppe und die tschechische Mehrheit der tschechoslowakischen Gruppe zu, wie denn diese beiden Gruppen ständig zusammenarbeiteten, ohne daß die deutschen Mitglieder der tschechoslowakischen Gruppe zugezogen worden wären. — Die Resolution über die nationalen Minderheiten entspricht deren Wünschen durchaus nicht, indem sie das Recht auf die nationale Selbstverwaltung direkt ablehnt und nicht die geringste Garantie für die Einhaltung der in ihr niedergelegten Schutzbestimmungen durch die nationalen Mehrheiten bietet, eine Garantie, die eben an der sogenannten „Souveränität“ der Staaten scheitert. Aber sie fordert paritätische Kommissionen der Mehrheit und Minderheit innerhalb der einzelnen Staaten zur Lösung der umstrittenen Fragen und die Errichtung permanenter Kommissionen für Minderheitsfragen beim Völkerbundrat. Wieder waren es die Gruppen der Rumänen, welche teils (die Polen) gegen die Resolution stimmten, teils (die Rumänen und Tschechen) sich der Abstimmung enthielten und so ihrem Entschlusse Ausdruck gaben, sich nicht an die Resolution zu halten. Da gerade in diesen Staaten die meisten und größten Minderheiten leben, verliert die Resolution jeden Wert. — Bezugszu jammerrich war die Behandlung der Reparationsfrage. Die von der Unionsleitung vorgelegte Resolution verlangt die Prüfung der Reparationsprobleme zur Herbeiführung einer endgültigen Lösung durch unparteiische und internationale Autoritäten, also ungefähr das, was heute die ganze Welt mit Ausnahme Frankreichs und seiner Vasallen fordert. Der französische Abgeordnete Merlin brachte hierzu einen Antrag ein, der eine Verzögerung und Verwässerung bedeutete, und trotz des Widerspruches der deutschen Delegation nahm die Leitung und dann der Kongreß dieses Amendement an. Aber noch viel bedeutungsvoller ist die Tatsache, daß eine große Reihe von Staaten wie Amerika, Spanien, Polen und andere, sich der Abstimmung überhaupt enthielten, so daß nicht einmal sicher ist, ob selbst die abgeänderte Resolution noch eine Mehrheit fand.

An dem Kongreß der Interparlamentarischen Union nahmen 14 Genossen, Abgeordnete und Senatoren unserer Partei teil, zwei Genossen ergriffen das Wort. Da hier von den Grenzen der Wirkungsmöglichkeit dieser Organisation, von ihren Mängeln und Fehlern berichtet wird, ist die Frage nach dem Wert der Beteiligung unserer Genossen an dieser Arbeit naheliegend.

Sowie wir an der parlamentarischen Tätigkeit im eigenen Lande teilnehmen, obwohl wir wissen, daß diese Tätigkeit wohl dem Sozialismus nicht durch eine parlamentarische Abstimmung entschieden wird, sowie wir in den Gemeinden mitarbeiten, obwohl wir wissen, daß diese Arbeit vornehmlich dazu dient, um die Verwaltung kennen zu lernen, die auch der Sozialismus benutzt, die aber innerhalb des kapitalistischen Staates nicht Sozialismus sein kann, sowie wir jede Gelegenheit aus-

nützen, von der wir glauben, daß sie uns unserem Ziele näher bringen kann, genau so müssen wir auch innerhalb der Interparlamentarischen Union trotz aller Grenzen, die ihrem Wirken dadurch gesetzt sind, daß die Mehrheit dieser Tagung Vertreter der kapitalistischen Parteien sind, im Sinne derjenigen Tendenzen mitarbeiten, welche darauf hinausgehen, die Rüstungen einzuschränken, die Feindseligkeiten zwischen den Nationen einzudämmen, die ungeheure Gefahr, welche im Reparationsproblem liegt, zu beseitigen und endlich den Frieden zu erhalten, Kriege zu vermeiden. Dabei geben wir uns keinen Illusionen über den Wert einer Organisation hin, die neben italienischen Faschisten und erwachenden Ungarn auch tschechische und polnische Nationaldemokraten, rumänische Bojaren, französische Chauvinisten in sich schließt, kurz alle jene Elemente, welche die geschworenen Feinde jener Aufgaben sind, die die Ziele der Union bilden.

Auf der Kopenhagener Konferenz der Interparlamentarischen Union schilderte Genosse Dr. Heller die Lage der deutschen Arbeiterklasse der Tschechoslowakei in einer Rede, die unsere Leser im Wortlaut kennen gelernt haben. Sie beleuchtet die tschechische Macht- und Gewaltpolitik nach allen Seiten und wuchs sich deshalb zu einer wichtigen Anklage aus; aber jeder, der sie las, wird sich ihres sachlichen Tones und der Tatsache entsinnen, daß sie nichts vorbrachte, was wir im einzelnen nicht schon von der Tribüne des Parlamentes herab, in Versammlungen und Zeitungen unzählige Male gesagt haben und was nicht zum wenigsten durch das — Schweigen erhört ist, mit welchem die tschechischen Mehrheitsparteien die Anklagen stets entgegennehmen mußten. Nun Genosse Dr. Heller vor der internationalen Deffektivität gesprochen hat, schreien die Wortführer der Bötska wütend auf, „Pravo lidu“ und „Ratodni Demokracie“ im holden Verein — schon dieses Bündnis sagt genug — lassen eine Schimpfung los und das „Pravo lidu“ nennt die Kopenhagener Tagung „Noch ein Hamburg“. Der Name trifft zu. Hier wie dort waren die Völker der Welt das Forum, vor dem die Anklage vorgebracht wurde, hier wie dort hieß es, die Vorwürfe sachlich zu widerlegen, und nicht nur sie im Bewußtsein der eigenen Macht zu ignorieren oder niederzubrechen. Die tschechischen Vertreter auf der Kopenhagener Tagung konnten so wenig wie in Hamburg einen dieser Wege gehen. Dr. Uhlig versuchte es mit einer Abfertigung von obenher, die den Mangel an Gründen durch Arroganz und die Versicherung, daß Frankreich, Belgien und die kleine Entente sich die Verwandlung der Unionstagungen in Anklagesenate nicht gefallen lassen würden, verdecken sollte. Wenn es die Tschechen nötig haben, sich mit dem offiziellen Frankreich und Belgien, diesen in aller Welt mit Mißtrauen und Abneigung bedachten Mächten, zur Abwehr zu verbinden, so beweist das den Höhegrad ihres schlechten Gewissens; noch beweiskräftiger aber ist das Wutgeschrei des „Pravo lidu“. Nie noch hat ein solches bewirkt, daß die Wahrheit aufhöre, Wahrheit zu sein, wohl aber verschließt es dem ruhig Gebliebenen den Mund zur Antwort und verbietet ihm, sich in gleicher Weise zu erniedrigen. Deshalb berichten wir auf das Niveau des „Pravo lidu“ hinabzusteigen. Wenn aber das „Pravo lidu“ über Kopenhagen als über „Noch ein Hamburg“ erobert ist, so muß es sich gefügt sein lassen, daß auch Kopenhagen solange nicht das letzte „Hamburg“ bleiben wird, als die tschechischen Sozialdemokraten nicht aufhören werden, im Bunde mit Szebra und Kramar ihre internationalen und proletarischen Pflichten zu verleugnen. Wir werden ihnen vor der Arbeiterschaft der Welt immer wieder sagen, was ist.

nähe gemacht, da hier 400.000 PS. lediglich für die Gewinnung von Luftstickstoff, Salpetersäure und andere Stickstoffverbindungen gebraucht werden. Frankreich hat nur 15 Prozent, Großbritannien gar nur acht Prozent seiner Wasserkräfte verwertet.

Warum duften die Blumen? Eine Blume ohne Duft ist ein Mensch ohne Seele, hat ein großer Dichter gesagt; aber der Duft der Blume verleiht ihr nicht nur den höchsten Reiz, sondern er hat auch im Haushalt der Natur einen sehr praktischen Zweck, denn er dient der Erhaltung der Art. Die Pflanze will damit die Insekten anlocken, die ihr zur Bestäubung und damit zur Befruchtung der Blüte verhelfen. Wenn man auch in neuerer Zeit die Farbe der Blume mehr und mehr als wichtiges Mittel erkannt hat, um den Insekten den Weg zu weisen, so bleibt doch die Hauptwirkung des Geruches bestehen. Wie in einem Aufsatz von „Ueber Land und Meer“ ausgeführt wird, ist das Dufte der Blüten den Erwohnenheiten der sie besuchenden Tiere mit bewundernswürdiger Zweckmäßigkeit angepaßt. Da diese nicht zu allen Tageszeiten fliegen, duften die Blumen auch tagsüber nicht gleichmäßig stark. Die meisten Insekten fliegen, wenn die Sonne scheint, und so hauchen denn auch die meisten Blüten um die Mitte des Tages den stärksten Duft aus. Sinkt die Dämmerung hernieder, so läßt der Geruch nach und wird des Nachts ganz schwach. Es gibt aber auch manche Blumen, die gegen Abend stärker riechen; dies ist zum Beispiel bei Geißblatt und Petunien der Fall, die von Sonnenuntergang bis Mitternacht ihren bestäubendsten Geruch ausatmen. Diese Blumen werden hauptsächlich von Abendmetterlingen besucht. Ebenso hat die Nachtsviole bei Tag fast gar keinen Duft; lockt aber nachts die Nachtfalter durch ihren Geruch an. Manche Blüten schicken ihren Duft auf weite Entfernungen hin aus, bei anderen wieder ist er nur in nächster Nähe wahrnehmbar. So verbreitet sich der Geruch der Lindenblüten weit durch die Luft, ebenso der der Magnolien, des Ginkgobaus, des Akeas, der Nelken, vieler Obstkulturen. Das sind die Blüten, die hauptsächlich von Bienen besucht werden,

Nasen dagegen duften nur auf kurze Entfernungen, und ebenso nimmt der überaus starke Heliotropgeruch auf die Entfernung sehr schnell ab. Manche Blumen muß man ganz dicht an die Nase halten, um ihren Geruch zu spüren, und für den Duft mancher fehlt uns Menschen überhaupt das Wahrnehmungsvermögen. Aber auch Blüten, die wir für geruchlos halten, strömen einen ganz feinen Duft aus, den die Insekten, die darin seiner organisiert sind als wir, verspüren. Nur dadurch ist es zu erklären, daß so verdeckte und unsichtbare Blüten wie die des wilden Weins oder der Heidelbeere, von den Insekten schnell gefunden werden. Andererseits wirkt der Duft auch als Schutzmittel. Manche Säugetiere werden durch den Geruch der Blumen abgeschreckt. So lassen die Ziegen, die für scharfe gewürzte Pflanzen eine Vorliebe haben, doch manche Blumen stehen, wie die Schafgarbe und den Rainfarn. Die Tiere verzehren die Blätter dieser Pflanzen, lassen aber die Blüten unberührt, die zur Vermehrung der Pflanze erhalten bleiben sollen.

Das geheimnisvolle Wetterglas. Alle Wetterpropheten, von dem nüchternen Barometer bis zum lustigen Laubstoch werden in den Schatten gestellt durch eine kleine, kaum drei Zoll hohe Glasflasche im Besitz eines französischen Landmannes, wenn wir einem Bericht des „Petit Journal“ glauben wollen. Ein Berichterstatter des Blattes hat den Eigentümer dieses Wunderglases Antoine Parreyre in seinem Bohnort Brioude im Departement Haute Loire aufgesucht und meldet der staunenden Welt, was er hier gesehen und erfahren. Das geheimnisvolle Wetterglas ist mit Wasser versegelt und enthält eine rufarfarbene Flüssigkeit mit einer dünnen Ablagerung auf dem Boden. Wenn Regen bevorsteht, so zeigt die Flüssigkeit eine Anzahl schwarzer Teilchen, die wie kleine Mäden aussehen. Steht Hagel bevor, so erscheinen in der Flüssigkeit Körnchen, die Hagelkörner ähneln, und der Frost wird durch Kristalle angezeigt, die sich auf dem Boden absondern. Ist Aussicht auf Schnee vorhanden, dann läßt sich die

Flüssigkeit weiß und gerinnt, so daß sie ganz das Aussehen von wirklichem Schnee annimmt. Die Flasche wurde Parreyre 1878 von seinem Onkel geschenkt, der damals 85 Jahre alt war; dieser hatte sie von seinem Großvater erhalten und sie soll sich seit mindestens 300 Jahren im Besitz der Familie befinden. Der Eigentümer des Wunderwetterglases und die Seinen behaupten, daß es noch niemals eine falsche Prophezeiung gegeben habe. An dem Tage, an dem der Berichterstatter das Wunderding besichtigte, war der Himmel wolkenlos, aber die Flüssigkeit wies schwarze Teilchen auf, und Parreyre versicherte, daß es bald regnen würde. Tatsächlich regnete es drei Stunden später.

Ein See, der Rastereiser schneit. Einer der merkwürdigsten Seen, die es gibt, befindet sich in Irland. Das Wasser dieses Sees hat die Kraft, jeden Stoff zu versteinern, der hinein fällt. Diese Versteinerng ist natürlich nicht vollständig, sondern der Stoff wird mit einer Steinschicht überzogen, die sich im See aufgelöst findet, und diese Steinschicht wird dann immer härter und bildet eine feste Schale über dem Gegenstand. Eine bekannte englische Messerfabrik hat sich nun diese eigenartige Naturkraft in praktischer Weise zunutze gemacht. Sie ließ die Leistung des Wassers durch einen ihrer Angestellten prüfen. Dieser nahm einige Stücke harten Holzes, belastete sie mit Gewichten und versenkte sie in dem Wasser an Stellen, die er genau bezeichnete. 14 Tage später zog er dann die Holzstücke wieder empor und fand, daß sie bereits zum Teil versteinert waren. Er legte sie wieder ins Wasser zurück und nach zwei weiteren Wochen stellte er fest, daß die Holzstücke so hart wie Stein geworden waren. Wie in einer englischen Zeitschrift mitgeteilt wird, beutete die Firma diese Versteinerung aus und fand, daß diese versteinerten Stücke einen vortrefflichen Schleifstein für Rastereisen bilden, die denn auch im großen auf diese Weise hergestellt wurden. So ist es also letzten Endes der See, der Rastereisen schneit.

Tages-Neuigkeiten.

Das Bürgerhaus.

Von Josef Maria Frank.

Diese Geschichte, die durchaus zeitgemäß ist, spielte sich in einem guten, soliden Bürgerhause des zu modernen, großzügigen, fortschrittlichen Berlin ab.

Das gute, solide Bürgerhaus im großzügigen Berlin hat einen Portier. Einen guten, lieben, alten Mann, der sich kümmerlich, aber redlich durchs Leben schlägt und insofern sehr stark nach Unterernährung, Tuberkulose und Fettersatz riecht. Dito dessen Gattin, eine gleichfalls ältere, unscheinbare Dame. Ein Typ, so gestaltet, daß man nicht darüber hinweggeht. Beide zusammen kamen mir immer vor wie ein wandelndes Symbol der Hungerkur an sich; sie stellen den Gegenbeweis dar gegenüber dem Beweise für die angelegentliche Gerechtigkeit.

Eines guten Tages wurde es den beiden Leuten zu viel, für ihre Tätigkeit so bezahlt zu werden, daß es zum Sterben zwar zu viel, zum Leben aber zu wenig bedeutete. Sie wandten sich infolgedessen an den Mieterat des Hauses; denn das bürgerliche Haus besitzt auch einen Mieterat, wenn auch einen bürgerlichen. Was befragen will einen spicherlichen.

Als dieser Mieterat nun den guten, lieben, armen Mann, der so unangenehm nach Unterernährung und Tuberkeln roch, vor sich sah, wie er seine Mühe in der Hand drehte und erzählte, daß ein Brot nun schon 100.000 Mark koste und — na und so weiter —, da befahl dieser Mieterat eine seltsame Rührung, die der Feder einer Courth-Mahler würdig sein dürfte. Und in der Wallung dieser bürgerlichen Rührung beschloß dann der Mieterat so:

Zwar nicht dem Portier eine Zulage zu bewilligen! Aber: angeichts der traurigen Lage des armen Mannes wolle man ihm doch und müsse man ihm helfen! Und das so: Jede Partei des Hauses möge freiwillig, nach eigenem Ermessen, dem armen Manne eine freiwillige Zulage bewilligen und sie ihm aushändigen. Der arme Mann wurde von dem Beschluß des Mieterats, der auf seine Herzenvallung und dem daraus entstehenden Entschluß sehr stolz war, unterrichtet. Gleichfalls die Parteien, an deren bürgerliches Mitgefühl mit dem armen Manne man appellierte.

Andern Tages begab sich darauf mit geschwellter — oder sagt man geschwollener — Brust der Portier auf seine Kollekte. Indes seine Frau sich mit hohen Plänen wie Butter etcetera trug.

Nun und bändig: Jede Partei machte dem armen Mann freundlich auf und händigte ihm mit wohlwollendem Lächeln ihren Beitrag aus. In der ersten Etage gab man links — einen Fünftausendmarktschein, rechts ein Bäckchen Kleingeld. Es waren zusammen zirka viertausend Mark. In der zweiten Etage gab der reiche Müller sage und schreibe einen Zehntausendmarktschein, der Schieber Salvarianiti sogar 20.000 Mark. In der dritten Etage fielen die Beträge zirka um die Hälfte; und in der vierten Etage gab man einen einzigen Schein, lautend über Eintausend deutsche Mark. Worauf der arme Mann das Sammeln einstellte.

Und sich stark überlegte, was er mit dem Geld, das der Milde des bürgerlichen Herzens und der rühfessigen Wallung zu verdanken war, anfangen sollte: Ob er sich damit ein halbes Duzend Schrippen kaufen sollte — ein Strid zum Sich-aufhängen war für das Resultat der Kollekte nicht erhältlich — oder ob er für das Geld nach Dalldorf fahren sollte; es reichte nämlich gerade

zu einer Fahrkarte nach Dalldorf. Seitdem ist der Mann schmerzmäßig geworden.

Das gute, solide Bürgerhaus in dem modernen, großzügigen Berlin — beste Gegend! — fühlt sich! Es ist auf dem besten Wege, größenwahnsinnig zu werden; denn es ist der Wallung seines Augenblickes gefolgt und rühmt sich einer sozialen Handlung. Man weiß, was man nun von sich zu halten hat, und denkt an den Spruch: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“ Oder so ähnlich! Und sagt sich: das waren wir und sind wir! Es lebe der Bürger!

Charakteristische Hakenkreuzerpolitik. An den Nürnberger Anschlagäulen wird von den Hakenkreuzlern Propaganda für den „Völkischen Beobachter“ gemacht. Der Nürnberger „Völkische Beobachter“ oder, wie das Blatt nunmehr heißt, „Die weiße Fahne“ scheint den Nürnberger Hakenkreuzlern unter der neuen Leitung nicht geistig hoch genug zu stehen. Was aber im „Völkischen Beobachter“ verzapft wird, das sei hier an einem Beispiel zur allgemeinen Heiterkeit dargestellt. In einem Artikel über den sterblichen Bauernführer Dr. Heim heißt es:

Dr. Heim ist ein „Realpolitiker“, der allen Unrealitäten abhold ist. Und als er für seine Zentralgenossenschaft Geld brauchte, ging er zur größten Judenbank Deutschlands, zur Deutscher Bank, um sich dort den nötigen Kredit zu holen und neben den Juden zu arbeiten und von den Juden zu lernen.

In derselben Nummer, wo die Deutsche Bank als größte Judenbank bezeichnet wird, steht aber auch eine Aufforderung des Verlages des gleichen „Völkischen Beobachters“, die folgenden Wortlaut hat:

An unsere Leser! Schlageter-Denkmalpenden

bitten wir nicht an uns, sondern direkt an die Deutsche Bank einfordern zu wollen. Verlag „Völkischer Beobachter“.

Und damit die Hakenkreuzler ganz besonders erfahren, was völkische Reinheit und Hakenkreuzerfolge ist, steht in derselben Nummer noch eine Anzeige, die ebenfalls vom Verlage des Blattes herausgegeben ist, worin es heißt:

Die Anzeigen haben deshalb im „Völkischen Beobachter“ so großen Erfolg, weil die Leser des Blattes wissen, daß im Anzeigenenteil nur einwandfreie Firmen Aufnahme finden.

Im Textteil wird also die Deutsche Bank als größte Judenbank Deutschlands bezeichnet, im Inseratenteil wird aber verlangt, daß die Spenden für ein Schlageter-Denkmal an die Deutsche Bank (also die größte Judenbank Deutschlands) abgeliefert werden sollen, und damit der Hakenkreuzjüngling nicht aus dem Staunen herauskommt, schreibt derselbe Verlag, der zur Geldlieferung an die Deutsche Bank auffordert, daß im Anzeigenenteil nur einwandfreie Firmen Aufnahme finden. Das dürfte auch für Hakenkreuzler etwas zu stark sein.

Fräulein pfälzischer Erziehung. Welch brutale Bestimmung mache „Christen“ beherrscht, geht aus dem Inhalt einer Karte hervor, die in den letzten Tagen einer Leipziger Familie zugegangen ist, die den Tod eines Angehörigen zu beklagen hat. Der „fromme“ Mann hat ihr geschrieben:

Möge Ihnen der Freudentrost gut getan haben, die Einsicht von Euch dummen Kindern wieder kommt auch noch, wenn Ihr nichts mehr zu freffen habt. Möge es dem Proletariat Deutschlands noch sehr dreckig gehen, auf daß sie vor Hunger nicht mehr stehen können.

Kein Freudenter und Genosse.

Das waat jemand auf offener Karte einer trauernden Familie zu schreiben, darauf er ausdrücklich erklärt, kein Freidenter zu sein. Ein Freidenter wäre auch zu einer solchen Schuflichkeit nicht fähig. Das Beispiel zeigt, was für schmutzige Menschen der christlichen Kirche angehören. Scheinchriften, Lippenchristen sind diese Elemente. Sie besitzen nicht einen Hauch christlichen Empfindens.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich am Mittwoch in der Reparaturwerkstätte des Brüxer Elektrizitätswerkes. Zwei Arbeiter waren mit der Reparatur eines abmontierten Kohlenwagens der elektrischen Straßenbahn beschäftigt. Während der eine, der 23 Jahre alte Schlosser Karl Tuwizka, gerade unter dem Wagen arbeitete, rutschte plötzlich eine der Stützen — der Wagen war durch Binden auf Traversen gehoben — ab und lenkte sich auf den unglücklichen Mann herab. Es gelang zwar bald, den Verunglückten aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien, doch war ihm durch die schwere Last bereits der Brustkorb eingedrückt und die Wirbelsäule gebrochen worden. In schwer verletztem Zustande wurde der Verunglückte in das Brüxer Krankenhaus überführt.

Vom Bau der ersten transatlantischen Luftschiffe. Nach Londoner Blättermeldungen hat man mit dem Bau des ersten Uebersee-Luftschiffes begonnen, das in den Dienst der Linie Hamburg-New York gestellt werden soll. Das nach einer Zeichnung des Holländers B. v. B. konstruierte Luftschiff soll eine Länge von 289,75 Metern und eine Breite von 25,32 Metern erhalten. Es wird mit zwölf Motoren von 260 Pferdekraften ausgestattet, deren jeder einen Propeller antreibt. Alle diese Propeller können gruppenweise in Betrieb gesetzt werden. Nach den Berechnungen soll das Schiff die Reise in 45 Stunden ausführen. Es hat Platz für dreihundert Passagiere, die hier allen auf den riesendampfern gebräuchlichen Luxus finden. Selbst ein hässlicher Garten ist vorgesehen. Die Küche erhält elektrische Heizvorrichtung. Die Gefahr des Brandes und der Explosion wird durch dreifache Sicherung nach Möglichkeit ausgeschlossen. Die das Wasserstoffgas enthaltende Mitte des Luftschiffkörpers wird in einen mit Stickstoff gefüllten Kasten eingeschlossen, wodurch die Feuergefahr ausgeschlossen werden soll. Aus diesem Grund wird man an Bord des Luftschiffes auch rauchen dürfen. Vorzusehen ist zunächst ein halb-wöchentlicher Dienst.

Internationale Postwertzeichenausstellung in Wien. Vom 1. bis 9. September findet in Wien zum erstenmale seit dem Bestehen Deutsch-österreichs eine internationale Postwertzeichenausstellung statt. Sowohl aus dem Inland, als auch aus dem Ausland und aus den überseeischen Staaten sind zahlreiche Anmeldungen eingelaufen, darunter auch vom Reichspostministerium Berlin und München.

Großjähig. Das Fürstregiment hat feinerzeit das Schloß in Bagdohaus bei Trankisch-Leptitz gekauft und dort eine Anstalt für Kriegsblinde errichtet. Wie die Zeitschrift „Valebný Slopec“ mitteilt, wurde in das Schloß sofort ein Verwalter mit drei Angestellten einquartiert, die die Aufsicht über — zwei Wände führten. Und diese zwei Wände sind nach vierzehn Tagen aus der Anstalt entwichen.

Die Waldbrände an der französischen Riviera erloschen. Dasas meldet aus Fréjus: Die Waldbrände in der Gegend von Maures und Esterel sind im allgemeinen erloschen.

Ein italienisches Wasserflugzeug verunglückt. Aus Rom wird gemeldet: Ein Wasserflugzeug stieß auf ein Felsenriff. Der Pilot wurde verwundet, drei Passagiere wurden getötet.

Ausplünderung eines russischen Eisenbahnzuges. Wie dem „Ostpreß“ aus Warschau berichtet wird, wurde der Personenzug Biala-Moskau, in dem eine Gruppe tschechoslowakischer Industrieller nach Moskau zur landwirtschaftlichen Ausstellung reiste, in der Nähe von Smolensk von einer Räuberbande zum Stehen gebracht. Sämtliche Fahrgäste wurden ausgeplündert. Die Verfolgung der Räuber war bisher erfolglos.

Absturz eines tschechoslowakischen Flugzeuges. Mittwoch mittags stürzte bei Całowiz ein neues Flugzeug ab, das von der Militärverwaltung übernommen werden sollte. Der Pilot Kolin kam beim Sturze unter die Flügel des Apparates zu liegen, wobei ihm der Schädel eingedrückt wurde. Der Verunglückte wurde im lebensgefährlichen Zustande in das Prager Allgemeine Krankenhaus überführt.

Brand in einem slowakischen Döbe. Wie aus Preßburg gemeldet wird, brach am Dienstag im Pannonia-Hotel im Bade Korytnica (bei Rosenberg) ein großer Brand aus, der das ganze Haus vernichtete. Es ist gelungen, alle Döbegäste zu retten und den größten Teil der Einrichtung und des Gepäcks zu bergen. Der Schaden beläuft sich auf einige hunderttausend Kronen.

Für die Symmetrie des Schweinekörpers. In England ist vor wenigen Tagen eine „wissenschaftliche Gesellschaft für Schweinezucht“ gegründet worden. Das Ziel der neuen Gesellschaft ist: das vollendetste Schwein in bezug auf Symmetrie der Gliedmaßen und auf Körperkonstitution zu züchten. Außerdem stellt sich der Verein die Aufgabe, das erprobteste Futter ausfindig zu machen, um in kürzester Zeit ein Maximum an Schlachtwerten zu erzielen. Kunst und Wissenschaft müssen auch im Schweinefischband in Hand gehen.

Feiters. (Er kann es besser.) Im Wartsaal weiter Klasse eines reichdeutschen Bahnhofes hessete ein Herr mit vielem Gepäck, der notgedrungen auf einige Augenblicke den Wartsaal verlassen mußte, an seinen Platz einen Zettel mit folgender Aufschrift: „Bin Ringlämpfer, Sieger von 13 Preisrängen, stemme mit einer Hand 270 Pfund. Warne jeden, sich an meinem Mantel zu vergreifen. Komme gleich zurück!“ Als er zurückkam, fand er die Stelle, an welcher sein kostbarer Mantel gehangen hatte, leer, dafür einen Zettel mit der Aufschrift: „Bin Schnellläufer, Sieger in 13 Preisläufen. Rekordleistung zwölf Kilometer in der Stunde — und komme nie mehr zurück!“ — (Operettenkomponisten unter sich.) Der kürzlich verstorbene französische Operettenkomponist Claude Terrasse begnugte einmal auf einem der Pariser Boulevards einem seiner Freunde, der ihn folgendermaßen anfragte: „Mein lieber Terrasse! Freund Arthur — ein anderer Komponist, der auch in der Gunst des Publikums stand. — Ist während auf Sie.“ — „Was habe ich denn angestellt?“ fragte Terrasse. „Nun, er behauptet, daß Sie in Ihrer neuen Operette eine Arie von ihm geschrieben und sehr geschickt verändert haben.“ — „Welche Arie meint er?“ fragte der Komponist weiter. Der Freund summte die infrimierte Melodie vor. Aber Terrasse suchte bloß die Ahseln und erwiderte: „So ein Dummkopf! Die Arie ist doch gar nicht von ihm. Er hat so wie ich, die Melodie aus der Oper „Die Meisterfänger von Nürnberg“ genommen.“

Witterungsübersicht vom 23. August. Die Kerne der nordwesteuropäischen Depression sind von ihrem östlichen Kern abgehoben, ziehen entlang der nordwestlichen Küste nordostwärts und beeinflussen die Witterung des Binnenlandes nicht unmittelbar. Daher war das Unwetter, das einen Ausläufer jener Depression am Mittwoch abends und nachts durch die Republik begleitete, nur kurzdauernd, allerdings stellenweise sehr heftig. Vorher hatte die Temperatur außer am Nordoststrand des Staates fast überall 25 bis 28 Grad Celsius erreicht. Die Regenfälle

(Nachdruck verboten.)

Die Glücksbude.

Erzählung von Ernst Preßgang.

Doktor Trall kam zeitig, um den Transport „Geornias“ in das Haus zu überwachen und den Verband zu erneuern. Dann trugen sie ihm die Angelegenheit mit dem Anaben vor. Er nickte zu dieser und jener Neugierung Trudes, fragte gründlich nach allem, und hat dann, zunächst den Anaben selbst untersuchen und sprechen zu dürfen. Und zwar unter vier Augen. Es sollte niemand weiter in der Nähe sein. Jeremi spielte im Garten. Der Arzt ging hinaus. Der Anabe erschraf wieder. Seine Augen wick aber bald einem offenen Vertrauen, als der fremde Herr so harmlos und in freundslichem Ernste mit ihm plauderte. Scheinbar ganz ohne besondere Absicht. Er ließ sich ruhig in den Wagen führen und körperlich untersuchen, antwortete auf alle Fragen und gestand schließlich weinend dem Arzte, daß er immerzu an den Apfel denken müsse, der das Grewesberger Unglück heraufbeschworen. Er träume von den fürchterlichen Augen des Gemeindeführers, von den guten Augen seiner Mutter, die ihn so traurig angeblickt habe, und er möchte am liebsten weit fort, weit, weit, — so wei, daß alles hinter ihm bleibe.

Zu dem Arzt.
Und als er nach einer weiteren Viertelstunde alles erfahren hatte, was er zu wissen wünschte, gab er ihm einen kleinen freundlichen Klaps und sagte: „Du bist ein braver Kerl, Jeremi. Sieh dir nur ruhig die Welt an, arbeite und mache deinen Eltern Freude. Viel Freude, hörst du? Und was den Apfel betrifft, na — die Folgen waren ja schlimm, aber das ist nicht deine Schuld. Sieh mal, als ich so'n Junge war wie du, da hab ich auch — pft!“

er dämpfte seine Stimme zu geheimnisvollem Flüstern — „hab ich auch in manchem Dorf auf den Bäumen gefessen und in die Höhe gelangt. Wenn die Nester alle abgebrannt wären, da stünde heute halb Böhmen nicht mehr.“

Na, das war aufgeschritten. Der gute Doktor hatte stets Kefel in Menge im väterlichen Garten gehabt. Aber zu seinen Medikamenten gehörte unter Umständen auch diese Art von Lügen. Wenn einer im Sterben lag und sich die letzte Stunde mit qualvollen Todesgedanken verbrachte, dann sagte Doktor Trall: „Lieber Freund! Ich bin schon anders darnieder gelegen; ach, Sie hätten mich sehen sollen, die halbe Himmelsleiter war ich schon rauf — na, und ich bin doch wieder runtergekommen. Vom Lager nämlich. Also — mit dem Sterben, das geht nicht so leicht. Da muß einer anders ausschauen als Sie!“ Dann lachten sie befreit, die Kranken. Es hörte sich schrecklich an. Und mancher tat den letzten Atemzug schon, wenn Doktor Trall die Hand auf die Türklinke legte.

Jeremi lachte auch. Lachte noch, als der Arzt schon im Hause war. Lachte und mußte an den Gemeindeführer in Grewesberg denken. Der hatte ihm doch auch erzählt... ja, es waren am Ende nicht viele, die in dieser Hinsicht ein reines Gewissen hatten. Er wollte doch gleich... ja, da kam der lange Friedrich von der Strafe hereinerschleifert.

„Onkel Friedrich, hast du auch schon mal Kefel gestohlen?“

Der Athlet blieb stehen und machte kein gescheites Gesicht: „Kefel? Ja?“

Jeremi sah in zitternder Erwartung an ihm hoch; das Weinen war ihm plötzlich nahe. Wenn der reine Hände hatte, mußte er sich ja immer vor ihm schämen.

Friedrich sah eine Weile erstaunt auf den Anaben nieder. Dann ging ihm ein Licht auf.

Etwas langsam sagte er, seiner Stimme ein Pathos der Fernsicherung geend: „Menschenskind! Wieselschen! Du red'st wie'n Staatsanwalt! Gestohlen? Pftui Deuwei! Niemals! Nie! Aber wo 'ne Birne über Jaun hing — es konnte auch 'n Apfel oder 'ne Pflaume sein — und sie brauchte auch nicht mal über Jaun zu hängen, wenn ich 'rüberkonnte — ja, was wollte ich sagen: dann hab ich sie nicht gestohlen, aber gemaußt — ja, du, darauf kannst du dich verlassen, gemaußt hab ich sie.“

Jeremi mußte so lachen, daß die Tränen der Angst nun als Freudentränen die Augenwinkel verließen.

Friedrich fuhr fort, immer mit tieferer Fernsicherung: „Das heißt: ich hatte hinterher immer mächtige Gewissensbisse. Du mußt es wieder gut machen, sagte ich mir. Siehst du, deshalb hab ich alle Kerne über den Jaun geschmissen. Und hab dazu gesprochen: „Kernchen, fliege aus dem Baum, denn du gibst 'nen neuen Baum. Die Kerne ah ich nie! Na, das war doch anständig, was? Der Besitzer kriegte für den einen Apfel, für die eine Birne oder Pflaume einen ganzen Baum zurück! Wenn sie ausgingen, heißt das!“

Jetzt lachte nicht nur Jeremi. Friedrich hörte noch ein tiefes, beifälliges Brummen und ein Klingeln, das ihm wohlbelannt war. Doktor Trall und Frau Trude hatten die Erklärung seiner Selbstabsolution mit angehört.

„Der Vater möchte dich sehen, Jeremi.“ Der Anabe ging.

Doktor Trall sagte: „Ich glaube, Frau Latendach, der Junge ist — wenigstens für einige Zeit — ganz gut bei diesem lustigen Herrn aufgehoben. Vorausgesetzt allerdings — er figierte Friedrich so scharf, daß dieser erstörte — „vorausgesetzt, daß er die etwas merkwürdige Art von Gewissensreinigung nicht auf beträchtlichere Dinge ausdehnt.“

Das rosige Gesicht Friedrichs nahm einen Schein von Unmut an: „Na, Herr Doktor, ich bin ja kein Engel, dazu hab ich zu feste Knochen, aber ich bin noch immer halbwegs anständig durchs Leben gekommen. Mit Einbruch und Pferdediebstahl hab ich mich noch nicht beschäftigt. Außerdem war's geschwindel, um den Jungen zu beruhigen...“

Der Arzt lachte: „Sie auch?“

„Ja. Das heißt: teilsweise. Manchmal — „Schon gut.“ Er nickte lächelnd Frau Trude zu.

Diese sagte: „In dieser Hinsicht haben wir wirklich nichts zu befürchten. Herr Trall, Freund Friedrich wird gut auf meinen Jungen aufpassen. Nicht wahr?“ Sie blinnte zu dem langen Menschen auf.

Der nahm ihre beiden Hände in seine Linke und schüttelte sie heftig: „Wenn ich Ihnen unser kleines Wiesel nicht gesund heimbringe — ich meine: auch so gesund, wie der Doktor denkt —, dann sollen Sie mich köpfen, Frau Trude! Ja-wohl! Köpfen! Stillhalten will ich wie'n junges Kalb. Und keinen Ton sagen.“

Er schenkte schon durch den Garten, dem Hause zu.

Der Arzt und Trude sahen sich an. Der erste sagte: „Es ist gut so. Sie sind eine gescheite Frau. Uebrigens: bruffant ist der Junge nicht. Nur ein wenig schwächlich. Er wird sich erholen.“

„Und mein Mann?“

„Ja!“ Der Arzt sah an ihr vorbei, wie auf einen Punkt in der Ferne. „Sob dann die Kch-feln. Wir müssen's der Zeit überlassen. Es sind schon andere wieder hochgekommen.“ Er reichte ihr die Hand und ging aus der Pforte.

(Fortsetzung folgt.)

waren im größten Teil Böhmens nur schwach. Sie gerten jedoch knapp vor Erreichen des böhmisch-mährischen Bügellandes sprunghaft ihre Ertragsfähigkeit, da sich erst hier Gewitter eingestellt. Die Gewittergüsse brachten nachts in Ostböhmen, Mähren und Schlesien durchwegs mehr als zehn Millimeter Niederschlagsmenge, Brunn hatte 20, Troppau 30, Prazau und Olmütz 31 Millimeter. Der Südostwind der Elbwälder war heute früh von der Verschlechterung noch nicht erreicht, während in Böhmen wieder Ausdehnung eingetreten ist. Bis zum Herannahen eines weiteren Ausläufers dürfte ein kleines Hochdruckgebiet wirksam sein, das sich heute über die Alpen ausbreitet. — Wahrscheinliches Wetter am 24. August: Westen: Heiter bis wechselnd bewölkt, wärmer werdend; noch nicht beständig. — Osten: Ausdehnung, relativ kühl.

Prager Chronik.

Vom einer Zentralmarkthalle für Prag.

Die Gemeinde Prag trägt sich mit dem Plan, die Versorgung der Stadt durch Errichtung großer Rübhanlagen, einer Zentralfleischhalle und einer zentralen Markthalle für Fleisch in einer den heutigen Bedürfnissen entsprechenden Weise auszugestalten. Nach Informationen des deutschsprachigen Regierungsblattes werden die Kosten hierfür auf 30 Millionen Kronen veranschlagt, zu deren Mitbestimmung sich die Ministerien für Volksernährung und für Landwirtschaft bereit erklärt haben. Die Errichtung der Zentralmarkthalle wird es ermöglichen, durch Konzentrierung der Ware auch ausländische Käufer in größerer Zahl heranzuziehen. Große Rübhanlagen und das durch sie ermöglichte Halten größerer Fleischvorräte werden einerseits die Qualität des Fleisches verbessern, andererseits durch Organisierung der Viehzucht und Regelung von Angebot und Nachfrage eine Stabilisierung der Fleischpreise möglich machen. Uebrigens sollen zweckentsprechende Rübhanlagen mit Desinfektionsvorrichtungen auch in den größeren Grenzstationen errichtet werden.

Aus dem Polizeibericht.

Bei den Steinbrüchen von Strahov wurde gestern nachmittags die Leiche einer unbekanntem 23jährigen Frau aufgefunden. Die Leiche wies am Rinn am Hals Abwunden von einer Säure auf. Nach der Ursache des Todes wird geforscht. — Gestern verließen 100 slowakische Auswanderer Prag auf dem Weg nach Amerika.

Kleine Chronik.

Zwangswirtschaft zu Dantes Zeit.

Zeiten der Not haben stets auch Notmaßnahmen gefordert, und deshalb ist die Zwangswirtschaft, die die wichtigsten Mittel zum Leben sicherstellt, besonders für die Nahrungsversorgung auch in früheren Zeiten immer angewendet worden. Der florentinische Staat, der im späteren Mittelalter einen so raschen Aufschwung nahm und nicht nur in Dante und Giotto die ersten großen Künstler der neueren Zeit hervorbrachte, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht spätere Entwicklungen vorausnahm, hat auch die Sorge für die Ernährung seiner wachsenden Bevölkerung energisch in die Hand genommen. Der Geschichtsschreiber von Florenz, Robert Davidson, schildert uns diese Maßnahmen ausführlich im vierten Bande seines Geschichtswerkes, der die Frühzeit der florentiner Kultur behandelt. Die Oberaufsicht über das Getreidewesen lag in den Händen der „Herren für die Versorgung mit Nahrungsmitteln“, der sogenannten „Sei della Biada“. In der volkreichen und gewerbetätigen Stadt war vor allem die Zufuhr von Getreide und Salz notwendig. Nicht selten hinderten Kriege die Herstellung des notwendigen Brotes oder die Ernte war mangelhaft; das Salz mußte stets aus weiter Ferne beschafft werden. Die Keller des florentiner Gebietes gaben selbst in normalen Jahren an Ackertracht nur fünf Probestiel von dem her, was die Bevölkerung zum Leben brauchte. In friedlichen Zeiten, bei guten Ernten ließ sich die Deckung des Bedarfes durch den freien Handel bewerkstelligen, doch in Zeiten der Not und des Krieges mußten bei ungenügender Vorlage die schwersten Gefahren erwachsen. Das florentiner Nahrungsmittelamt suchte sich deshalb rechtzeitig mit großen Getreidemengen einzudecken; solche bedeutende Ankäufe der Gemeinde sind seit 1278 nachweisbar. Jede Behinderung der Zufuhr von Brostoffern galt als todeswürdiges Verbrechen. Leute, die sich solcher Untat schuldig machten und ergriffen wurden, endeten unter dem Beil des Henkers oder auf dem Scheiterhaufen; ihr Bild wurde zu abschreckender Erinnerung an die Mauer des Stadtpalastes gemalt. Jede Auffpeicherung von Brostoffern war verboten, und wer seine Ware zurückhielt, um höhere Preise zu erlangen, wurde mit dem Feuertode bestraft.

Die florentinischen Gesetze befahlen, daß Getreide, Gemüse, Del, Käse, Schmalz aus dem eigenen Landbezirk nur nach der Hauptstadt gebracht und dort verkauft werden durften. Die Ausfuhr aus dem florentiner Gebiet war, wie dies teilweise in allen toskanischen Gemeinden der Fall war, streng untersagt. Niemandem war erlaubt, unter dem Vorgeben eigenen Bedarfs mehr als das für ein Jahr Notwendige anzukaufen; den Händlern war verboten, Korn anderswo als auf dem Hauptmarkt von Florenz bei Dr. San Michele feilzuhalten. Die Mengen an Nahrungsmitteln, die man über die eigene Erzeugung hinaus brauchte, wurden von überall her bezogen, bald aus Apulien und aus der Romagna, dann aus Genua und Pisa, aus Sizilien und Sardinien, aus der Provence und aus Tunis sowie aus anderen Ländern der nordafrikanischen Küste. Die Gemeindefürsorge suchte mit diesen Ankäufen nie einen Gewinn zu erzielen; ihr einziges Ziel war, eine möglichst billige und ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln zu erzielen, um

die unteren Schichten der Bevölkerung bei guter Stimmung zu erhalten. Die Getreide-Beranten, die über große Nachvollkommenheit verfügten, hatten auch die Aufsicht und die Gerichtsbarkeit auf dem Markt, konnten also bei irgendwelchen wucherischen Maßnahmen sofort einschreiten. Sie regelten die Zufuhren von Weizen, Roggen, Spelt, Hirse, Bohnen und anderen Hülsenfrüchten, die in der Loggia von Dr. San Michele feilgehalten wurden. Ebenso hatten sie die Oberaufsicht über den ganzen Kleinhandel mit Nahrungsmitteln. Die Getreidehändler, Bäcker, Fleisch- und Geflügelverkäufer, die Köler und Kölerinnen mit Obst und Gemüse hatten ihnen Rechenschaft über ihre Preise zu geben und wurden von ihnen bestraft, wenn sie den einzelnen Vorschriften zuwider handelten.

In Zeiten der Not wurde die Macht der „Herren des Sechs“ noch stark erweitert; sie konnten dann Getreidehändler auf den bloßen Verdacht hin, daß sie Kornvorräte verheimlichten, gefangen setzen und foltern lassen. Die florentiner Chroniken schildern uns höchst eindrucksvoll das Wüten dieser Ernährungsdiktatoren in Zeiten der Not. „Das Schreien, Fluchen, Weinen der Halbberzweifellen, die die Sechs bald um Willkür ansetzten, bald als Räuber und angeblühte Spießgesellen der Getreidehändler beschimpften. Die das Volk dem Hunger preisgaben, das Toben der bis zur Sinnlosigkeit erregten Volksmenge ließ oft befürchten, daß es zur Veränderung des Marktes, zur Ausraubung der ganzen Stadt kommen werde. Beil und Bloß, die auf dem Markt aufgestellt waren, und neben ihnen die Henker, die zum sofortigen Abschlagen von Händen und Füßen bereit waren, scheinen die Klagen und Anklagen nur wenig erschreckt zu haben. An Tagen besonderen Ansturmes ließen die Sechs die Zugänge zu dem überfüllten Markt sperren, an anderen ließen sie die Knaben unter 15 Jahren an der Gegend von Dr. San Michele verjagen, wobei dann gelegentlich bis zu 1000 Männer mit dem Markte getrieben wurden. Wieviel Mißgunst die Getreideherren auch in einzelnen Fällen erregten, im ganzen hat das Amt der Bevölkerung durch umsichtige Maßnahmen in schweren Zeiten große Dienste geleistet, durch Bezug und Verkauf von Getreide regulierend auf die Preise hingewirkt, und häufig hat es verstanden, drohender Not vorzubeugen.“

Eine Milliarde Francs auf dem Meergrund.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, ist man im Begriff, dort Goldbarren im Werte von einer Milliarde vom Meeresgrund herauszuholen. In der Nacht zum 21. Mai 1922 erfolgte auf der Höhe der im Atlantischen Ozean gelegenen französischen Insel Ouessant ein Zusammenstoß zwischen dem französischen Dampfer „Seine“ und dem englischen Schiff „Egypt“. Die „Egypt“, die mit einer Ladung Goldbarren an Bord nach Indien bestimmt war, ging nach dem Zusammenstoß rasch unter, wobei mehrere Passagiere ertranken. Alle untergenommenen Rettungsversuche nach dem gesunkenen Dampfer waren erfolglos geblieben. Neuerdings hatte aber eine schwedische Vergütungsgesellschaft wieder Rettungsversuche vorgenommen, wobei schließlich das Brod aufgefunden wurde. Es liegt in 42 Meter Tiefe etwa zehn Kilometer von der Stelle entfernt, an der der Zusammenstoß erfolgt war. Nachdem jetzt von der Versicherungsgesellschaft des Schiffes die Bedingungen, von denen das schwedische Unternehmen den Hebungversuch abhängig macht, angenommen worden sind, wird demnächst mit den Vergütungsarbeiten begonnen. Nach dem gegenwärtigen Kurs berechnet sich der Wert der Barren, die sich an Bord der „Egypt“ befanden, auf rund eine Milliarde französischer Francs, eine Summe, die gut und gern der Mühe des Versuches wert ist.

Gerichtssaal.

Eine Konfiskation des „Sozialdemokrat“ aufgehoben!

Die vom Prager Zensor beschlagnahmte Kritik der „Trinkprüche“ bei der Geburtstagsfeier des Generalsekretärs Mittelhauser nicht staatsgefährlich!

Prag, 23. August. Heute fand vor einem Straffenrat beim Prager Landesgericht unter Vorsitz des ODR. Souček die mündliche Verhandlung über die Konfiskation des Leitartikels der Nummer des „Sozialdemokrat“ vom 3. August statt, der den Titel „Trinkprüche“ trug und sich mit den Reden bei der Geburtstagsfeier des Generalsekretärs Mittelhauser befaßte. Der Rechtsvertreter des „Sozialdemokrat“ führte zur Begründung des Einspruches aus, daß in dem konfiszirten Artikel lediglich wahrheitsgemäße Tatsachen konstatiert wurden und daß die Kritik der Rede des Landesverteidigungsministers Udrkal die Grenzen des Erlaubten nicht überschritten habe.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende das Erkenntnis, daß die Konfiskation des Artikels mit Ausnahme des letzten Absatzes aufgehoben werde.

Die Konfiskation des letzten Absatzes wurde mit der Begründung bestätigt, daß in diesem Absatz unter Entstellung von Tatsachen der Minister so hingestellt würde, als ob er unter Hintansetzung des staatlichen Interesses nur darauf hinarbeite, die Ausgaben der Staatsverwaltung für Rüstungszwecke zu vergrößern. In diesem Absatz seien derartige Ausdrücke gebraucht worden, daß durch sie zum Hass gegen Organe der Regierung in bezug auf ihre Amtsführung aufgereizt würde.

Der Antrag auf Schadenersatz für die Konfiskation wurde abgewiesen. Gegen dieses Erkenntnis meldete der Staatsanwalt noch während der Verhandlung die Beschwerde an das Oberlandesgericht an.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Flachspinnereiarbeiterstreik bei der Firma Buhl in Schajlar wurde, wie wir einer kurzen Meldung des „Textilarbeiter“ entnehmen, nach mehrwöchiger Dauer im Verhandlungswege beendet.

Entdeckung eines slowakischen Kohlenlagers. Wie die „Tribuna“ meldet, wurde in der Nähe des slowakischen Ortes Parlan ein Kohlenlager entdeckt. Man glaubt, auf ein bedeutendes Vorkommen gestoßen zu sein. Mit den Gemeinden wird wegen der Ausbeutung und Verwertung der Kohlenlager verhandelt und man hofft, daß das Kohlenamt schon in kürzester Zeit mit den ersten wichtigen Vorarbeiten wird beginnen können.

Die rumänischen Bergarbeiter für den Anschluß an Amsterdam. Eine Vertrauensmännerversammlung der Bergarbeiter im Distrikt Anina-Stierdorf faßte folgende Resolution: „In Erwägung, daß die internationale Solidarität die Voraussetzung für die Führung des Klassenkampfes der Arbeiter ist, empfiehlt die Vertrauensmännerversammlung der Generalversammlung ihre Delegierten zum Gewerkschaftskongress zu beauftragen, für den Anschluß an Amsterdam zu stimmen und dadurch die Einheitsfront mit der Arbeiterschaft der ganzen Welt herzustellen. Zweck der Sicherstellung der Durchführung dieses Beschlusses, empfehlen die Vertrauensmänner nur solche Genossen in den Generalkrat zu wählen, welche seit jeher für den Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam eingetreten sind.“ Die Generalversammlung vom 5. August nahm diesen Antrag vollinhaltlich an und wählte dementsprechend ihre Delegierten.

Eine Stützaktion für den niederländischen belgischen Frank, der von den französischen „Erfolgen“ an der Ruhr schwer mitgenommen wurde, ist jetzt im Gange. Eine offiziöse Havas-Note bestätigt, daß der französische Finanzminister sich mit dem Direktor der belgischen Nationalbank Lepreux über die Ausgabe einer 400-Millionen-Frank-Anleihe mit zwanzigjähriger Laufzeit auf dem Pariser Markt geeinigt hat, die zum Zweck der Stützung des belgischen Frank verwendet werden wird.

Frankreichs günstige Wirtschaftslage, die sich trotz der Ruhrbesetzung geltend macht, kommt in den Ziffern des Ausfuhrhandels für das erste Halbjahr 1923 wie auch in den Ernteschätzungen zum Ausdruck. Der Einfuhrüberschuß erreicht zwar für diese Periode denselben Betrag (558 Mill. Francs) wie vor einem Jahr; es sind aber sowohl Einfuhr wie Ausfuhr um je vier Milliarden Francs höher als 1922. Die Mengen der Ein- und Ausfuhrwaren sind sogar höher als im Jahre 1913, worin die Wirkung der Annexion Elsaß-Lothringens und der Entstehung einer mächtigen Schwerindustrie sich sehr deutlich auspricht. Die günstige Wirtschaftslage wird auch dadurch gekennzeichnet, daß die wesentliche Erhöhung der Einfuhr gegenüber dem Vorjahr zu Dreiviertel auf Einfuhr von Rohstoffen entfällt, die im Inland verarbeitet werden. Dabei war die Einfuhr von Kohle und Koks infolge der Ruhrbesetzung geringer als im Jahre zuvor, kostete aber eine halbe Milliarde mehr, da die billigen deutschen Kohlen- und Kokslieferungen ausblieben und statt dessen englische und amerikanische Kohle eingeführt werden mußte. Dies hat die Handelsbilanz belastet, aber bei weitem nicht so stark, als daß sie nicht durch den Fremdenverkehr hätte ausgeglichen werden können. Die Ernteschätzungen zeigen eine wesentliche Erhöhung der Ernte gegenüber dem Vorjahr, von 66 auf 76 Millionen Doppelzentner, wozu noch vier Millionen Exportüberschuß aus dem vorigen Jahr passiven Algerien hinzukommen. Somit dürfte Frankreich im nächsten Jahr 80 Millionen Zentner Weizen zur Verfügung haben, die für die Versorgung der Bevölkerung ohne fremde Einfuhr ausreichen dürften. Diese für Frankreich günstigen wirtschaftlichen Zustände muß man sich vergegenwärtigen, um zu begreifen, warum die hartnäckige Sozialpolitik des französischen Militarismus nicht an den wirtschaftlichen Verhältnissen Frankreichs Schiffbruch erleidet.

Gründung einer sowjetrussischen Exportbank. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Eignung einer Spezialkommission stattfand, welche an dem Projekt einer Sowjetbank für Rohstoffe und Export arbeitete. Es soll eine Exportbank in der Form einer Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Goldrubel geschaffen werden, deren Aufgabe der Anlauf von Rohstoffen im Inlande und ihr Export nach dem Westen sein wird.

Die Genossenschaften im Welthandel. Wie die Großeinkaufssektion der Genossenschaftsinternationalen berichtet, beträgt die Summe der von 14 Großeinkaufsgenossenschaften aus dem Ausland bezogenen Waren fast 30 Millionen Pfund Sterling, wovon 25 Millionen auf England entfallen. Die meisten importierten Waren stammen aus Amerika (14 Mill. Pfund Sterling), Europa steht an zweiter (9 Mill.), Asien an dritter (4 Mill.), Australien an vierter Stelle (2 Mill.). Ein Viertel aller Einkäufe wurde durch eigene Einfuhragenturen der Genossenschaften getätigt. Im direkten Verkehr zwischen den Großeinkaufsgesellschaften wurden 190.000 Pfund Sterling umgesetzt; als Beispiel eines derartigen im Ausblühen begriffenen genossenschaftlichen Welthandels möge der großzügige Milchprodukthandel zwischen den neuseeländischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der englischen Großeinkaufsgesellschaft angeführt werden.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schm. Brant	16.30'00
Berlin	Mark	150.000'00
Wien	Scherr. Kr.	2082'00

Prager Kurse am 23. August.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1385 00	1389'00
10.000 Mark	7 75	8 25
100 belg. Francs	155 25	156 75'00
100 schweiz. Francs	627 75	630 25
1 Pfund Sterling	155 37 50	156 87 50
100 Lire	149 50'00	151 00'00
1 Dollar	34 05'00	34 45'00
100 franz. Francs	194 25'00	195 75'00
100 Dinar	36 50'00	37 00'00
10.000 maghar. Kronen	17 75'00	17 75'00
10.000 poln. Mark	1 44 25	1 45 75
10.000 österr. Kronen	4 69'00	5 10'00

Züricher Schlusskurse am 23. August.

	Geld	Ware
Paris	80 95'00	81 05'00
London	25 18'00	25 22 88
Berlin	0 00 00 8 5	0 00 00 11
Mailand	23 80'00	23 90'00
Holland	217 50'00	218 50'00
Wien	0 00 77 50	0 00 78 00
Budapest	0 03'00	0 03 25
Prag	16 15'50	16 25 00
New York	5 52'50	5 58 25
Belgrad	5 70'00	5 85 00
Warschau	0 00 21 00	0 00 26 00

Aus der Partei.

Vom Parteisekretariat.

Die beiden Reichsparteisekretariate, und zwar das Organisationssekretariat in Leipzig und das politische Sekretariat in Prag wurden vereinigt und sind von nun an alle Zuschriften nur an das Parteisekretariat in Prag II., Habsklobo nam. 32, zu richten.

(Die Bruderblätter werden um Nachdruck ersucht.)

Bereinsnachrichten.

Naturfreunde „Die Naturfreunde“ Prag II. 25. August: Samstag. Mitgliederversammlung im Café „Nizza“. — 26. August: Sonntag. Ganztägige nach Dobbišovice, Roslin, Cernohor Wälder (Bad). Zusammenkunft halb 6 Uhr, Wilsonbahnhof. Führer: Slavatsch. — 1. und 2. September: Sollenborfer Naturfreunde-Güte, Tysaer Wälder. Abfahrt Samstag 15.20, Masarykbahnhof; Zusammenkunft 14.45 Uhr. Ermäßigte Fahrt. Fahrpfen 27 K. Teilnahme unbedingt anmelden. Führer: Strnad.

Wetterberichte.

Der Staatsappt. für Meteorologie in Prag.

23. August 1923 morgens	Luftdruck auf Meereshöhe	Temperatur °C	Windrichtung und -stärke (0-12)	Wetter	Wasserdampf sättigung	Wolkenh. in %
Prag	704	14	SW	1/2 bed.	8	27
Brunn	703	16	W	1/2 bed.	29	27
Rebšabiz (Island)	—	—	—	—	—	—
Stornoway (Island)	750	10	NW	1/2 bed.	9	13
Balearia (Island)	747	14	NW	bedekt	11	—
London	701	18	WSW	bedekt	—	—
Oslo (Norwegen)	746	10	W	Regen	—	17
Stockholm	703	13	SNO	1/2 bed.	0	14
Damburg	709	18	SW	1/2 bed.	1	18
Warschau	701	15	WSW	bedekt	—	—
Paris	704	15	SW	1/2 bed.	0	—
Büch	705	12	W	bedekt	—	—
Wien	704	15	W	bedekt	4	25
Belgrad	702	23	—	1/2 bed.	0	25
Budapest	—	—	—	—	—	—
Warschau (Frankr.)	703	19	O	heit.	0	—
Björns	702	21	SW	bedekt	0	21
Wien	703	23	NO	bedekt	0	—

Observationen (Luftdruck nicht reduziert):
 Donnerberg 840 m 690 10 WNW, heit. 2 19
 Schneekoppe 1610 m 629 6 NW, 1/2 bed. 4 14
 Sulzspitze 2060 m — — — — — — — —

Herausgeber: Dr. Ludwig Gsch und Karl Cermak.
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
 Für den Druck verantwortlich: C. Golln.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Neutrans.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus
 Prag, Smekly 22 (Urania). 1060

Gastwirtschaft „Lidovj dóm“
 der Genossenschaft „Ganymed“
 Täglich PRAG II., Hybernaka
 Konsort Nr. 2.

Café „Nizza“
 Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.
 Unser Stammlokal.